

# GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEUR, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

**Abonnement.** Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zig.-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

**Redaktion:** Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktorienstraße 25. Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28, Telefon: Amt Norden, 5246. Druck u. Expedition: Conrad Müller, Scheuditz, Auguststraße 8. — Redaktionsschlaf: Montag.

**Insertion.** Für die vierspaltige Petitzeile oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft.

## Inhalt.

**Hauptteil:** Bekanntmachungen. Reichstags-eröffnung. Rundschau. Genossenschaftliche Monatschau. Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, II. Die Tarifverträge im Deutschen Reich im Jahre 1910. — **Allgemeines:** Die Friedenspräliminarien, II. Steuereinschätzung und Streikunterstützung. Ortsberichte: Dessau, Freiburg i. Schl., Halle a. S., Mannheim, Meißen, Niedersiedlitz, Offenbach a. M., Schwabach, Stolberg (Rhld.). — **Der Lithograph:** Judasnaturen, I. Aus den Sektionen: Hirschberg i. Schl. — **Der Stein-drucker:** Eine Statistik über die Lage des Steindruckerei-Hilfspersonals — **Photogr. Mitarbeiter:** Aus den Sektionen: München. — **Feuilleton:** Seid einzig! Radioaktivität. Vom Büchertisch. — **Anzeigen.**

## Bekanntmachungen.

**Tarifamt für Deutschlands Chemigraphen und Kupferdrucker.**  
Aus dem Verzeichnis der tariffreien Anstalten sind zu streichen die Firmen  
Friedrich Kobow-Berlin,  
Hermann Bähr-Leipzig.  
Berlin, 7. Februar 1912.

## Reichstagsöffnung.

Am 7. Februar wurde der neue Reichstag eröffnet. Nicht im Hause der Volksvertretung, wie es in einem konstitutionellen Staate sein sollte, sondern in der Wohnung des Monarchen, im weißen Saale des Kaiserschlosses an der Spree. Dieser Brauch allein zeigt schon, daß es mit dem Konstitutionalismus in Deutschland noch nicht weit her ist und daß unser Land die Eierschalen des Absolutismus noch lange nicht vollständig abgestreift hat. Bei der Eröffnung wurde natürlich auch das übliche höfische Zeremoniell entfaltet.

Der Kaiser verlas die Thronrede, die er aus der Hand Bethmann-Hollwegs entgegennahm. Sie war ebenso nüchtern und nichtssagend wie ihr verantwortlicher Verfasser, der lange Kanzler und Philosoph der »gottgewollten Abhängigkeiten«. Auf Grund dieser Philosophie hat er sich auch mit dem Ausfall der Reichstagswahlen und der Zusammensetzung der Volksvertretung abgefunden. In jedem wirklich konstitutionellen Staate muß ein Minister, sobald sich die Mehrheit der Volksvertretung, auf die er sich stützte, in eine Minderheit wandelt, die Konsequenzen ziehen. In Deutschland ist das anders. Obwohl der schwarzblaue Block, der im alten Reichstage die Mehrheit bildete, arg zerstückelt aus dem Wahlkampfe hervorging und obwohl das Volk mit überwältigender Mehrheit gegen die Politik des Schnapsblocks und seines Kanzlers entschieden hat, bleibt Bethmann-Hollweg auf seinem Kanzlersessel kleben, als wenn er Pech an den Hosen hätte. Aus der Thronrede ist zu erkennen, daß ihm seine fatalistische Philosophie über Blamage und Niederlage hinweggeholfen hat. Er paßt sich den neuen Verhältnissen an. Über den Ausfall der Wahlen und über die stark veränderte Zusammensetzung der Volksvertretung vermeidet er in der Thronrede jedes Wort.

Zunächst verspricht die Regierung durch die Thronrede den *Ausbau der sozialen Fürsorge*, die seit einem Menschenalter in der Reichsgesetzgebung einen hervorragenden Platz ein-

nehme, denn die *Entwicklung stehe nicht still*. Mit diesem Versprechen und der Arbeit für seine Verwirklichung könnte man wohl einverstanden sein, wenn nicht gleichzeitig in Aussicht gestellt würde, daß derselbe »soziale Geist«, aus dem die Reichsversicherungsordnung hervorgegangen ist, auch fernerhin walten müsse. Von diesem »sozialen Geist« der Entrechtung und Bevormundung hat aber die Arbeiterschaft nachgerade »die Nase voll«, und ihre Vertreter im Reichsparlament werden tatkräftig darauf hinarbeiten müssen, daß bei der Verwirklichung des Versprechens der Thronrede der wahre soziale Geist des Fortschritts und der Selbstverwaltung den Ausschlag gibt.

Wie schwer diese Arbeit den wirklichen Volksvertretern gemacht werden wird, das geht schon daraus hervor, daß die Thronrede *neue große Rüstungsforderungen* in Aussicht stellt. Die Verstärkung des Wettrüstens ist aber natürlich gleichbedeutend mit einer Erhöhung des Steuerdrucks, und nach den bisherigen Taten der Regierung und aller bürgerlichen Parteien ist zu befürchten, daß man abermals einen großen Teil der Opfer, die dem Moloch Militarismus und Marinismus dargebracht werden sollen, durch neue indirekte Steuern aus den arbeitenden Schichten des Volkes zu pressen versuchen wird.

Auch darauf bereitet die Thronrede schon vor. Sie stellt in Aussicht, daß das Reich *durch Festhalten an den bisherigen strengen Grundsätzen* — die uns die Zollgesetze und die Reichsfinanzreform beschert haben! — *binnen kurzem zu einer vollständigen Gesundung seiner Finanzen gelangen werde*. Das »Festhalten an den bisherigen strengen Grundsätzen« unter der die große Teuerung mitverschuldet, hat der die große Masse des Volkes gegenwärtig seufzt. Darum kümmert sich aber die Bethmann-Hollwegsche Regierung nicht, im Gegenteil, sie spricht es offen aus, daß sie an diesen für das Volk so überaus verhängnisvollen »bisherigen strengen Grundsätzen« auch fernerhin zäh festhalten will.

Die *Grundlagen der Zollpolitik*, die den ersten Anstoß zu der gewaltigen Teuerung gab, *will die Regierung auch künftig bei Vorbereitung und Abschluß neuer Handelsverträge nicht verlassen*. Daß sie dadurch nicht nur die Teuerung aufrecht erhält, sondern auch in Zukunft großen Industriezweigen neue schwere Wunden schlagen wird, läßt sie ebenfalls ganz außer Betracht. Sie hat aus der Beantwortung der deutschen Zollpolitik durch Amerika und andere Staaten, durch die die deutschen Verfeinerungsindustrien, besonders das Steindruckgewerbe und die Textilindustrie, so überaus schwer geschädigt wurden, entweder nichts gelernt oder sie hat die Lehren zu gunsten des zollwütigen Junkertums in den Wind geschlagen.

Jedenfalls geht aus der Thronrede hervor, daß sich die Regierung mit neuen Plänen, dem Volkskörper neue Steuerschröpfungköpfe zu setzen, trägt, um den unergründlichen Bauch des Molochs Militarismus und Marinismus mit neuen Millionen zu füllen. Dieses unblöbliche Beginnen sucht sie durch das Versprechen des Ausbaues

der sozialen Fürsorge soviel als möglich zu bemänteln, obwohl sie wissen muß, daß dafür infolge der Verstärkung des Wettrüstens trotz der geplanten Erhöhung des Steuerdrucks keine Mittel übrig bleiben werden.

Die Vertreter der Arbeiterklasse werden also auch im neuen Reichstage bei der Arbeit für das Wohl des Volkes und bei der Wahrnehmung der Interessen der unterdrückten und ausgebeuteten Volksschichten einen schweren Stand haben, denn grade in dieser Beziehung werden sie fast ganz auf die eigene Kraft angewiesen sein. Aber die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ging bereits frisch an's Werk, indem sie gleich in erster Linie eine die Milderung der Teuerung bezweckende Interpellation einzubringen beschloß, in der von der Regierung die dringend notwendige Aufhebung des Kartoffelzölles und der Zölle auf Futtergerste und Mais gefordert wird.

Besonders wird sich aber die Fraktion die Erhöhung und Festigung des *Einflusses der Volksvertretung* angelegen sein lassen, und dadurch erst feste und sichere Grundlagen für die entschiedene Wahrnehmung der Volksinteressen zu schaffen. Zu diesem Zwecke wird sie eine Reihe von Initiativanträgen einbringen, darunter in erster Linie den Antrag auf Reform der Geschäftsordnung; ferner den Antrag auf Einführung der Ministerverantwortlichkeit; den Antrag auf Abänderung der Verfassung, wonach zu einer Kriegserklärung die Zustimmung des Reichstages erforderlich ist; den Antrag auf Einführung der Verhältniswahl und des Frauenwahlrechts, der Festlegung eines Sonntags als Wahltag und der Lieferung amtlicher Wahlurnen. Den Forderungen wird noch die auf eine gerechte Wahlkreiseinteilung einzuverleiben sein, sofern der Antrag auf Einführung der Verhältniswahl keine Mehrheit findet.

Grade in diesen Fragen wird aber eine erfolgreiche Arbeit möglich sein, wenn die aus den Reichstagswahlen hervorgegangene Mehrheit der Linken überhaupt aktionsfähig wird. Denn die genannten Forderungen sind zum größten Teil nicht nur Forderungen der Arbeiterklasse, sondern auch des Bürgertums und seiner politischen Vertretung bis hinüber zu den Nationalliberalen.

Diese schwankenden Gestalten waren allerdings nahe daran, die Macht im neuen Reichstage aufs Neue den im Wahlkampfe schmachlählig unterlegenen Schwarz-Blauen in die Hände zu spielen. Sie konnten sich nicht dazu entschließen, der stärksten Fraktion im Reichstage, der Sozialdemokraten, die auf ihr Recht zur Stellung des Reichstagspräsidenten verzichteten, mindestens das Recht auf Besetzung des Amtes des ersten Vizepräsidenten bindend zuzugestehen. Wäre das geschehen, dann würden die Sozialdemokraten bei der Vizepräsidentenwahl rückhaltlos für den nationalliberalen Präsidentschaftskandidaten eingetreten sein. Da es nicht geschah, beteiligten sich die Sozialdemokraten an der Präsidentenwahl mit einem eigenen Kandidaten, dem wackern August Bebel, mit dem Resultat, daß der nationalliberale Kandidat Prinz Schönaid-Carolath mit 85 Stimmen schmachlählig unter-

lag, während im dritten Wahlgange Bebel 175 und der Kandidat der Schwarz-Blauen, der Zentrumsführer Peter Spahn, 196 Stimmen erhielt. Der Vertreter der Minderheit des neuen Reichstages war also durch die schwächliche und schwankende Haltung der Nationalliberalen mit der geringen Mehrheit von 21 Stimmen zum Präsidenten gewählt.

Diese Tatsache brachte die Nationalliberalen endlich zur Besinnung. Was sie vorher nicht bindend zusichern wollten, das taten sie jetzt: sie stimmten fast geschlossen für den Sozialdemokraten Scheidemann als ersten Vizepräsidenten, sodaß dieser mit 188 gegen 174 Stimmen, die der Konservative Dietrich erhielt, im ersten Wahlgange gewählt wurde. Als zweiter Vizepräsident wurde sodann der Nationalliberale Dr. Paasche mit großer Mehrheit gewählt. Damit ist zum ersten Male ein Sozialdemokrat in das Reichstagspräsidium eingezogen, ein Erfolg, der nicht gering zu veranschlagen ist. Spahn hat aus diesem Grunde sein Amt als Präsident auf Befehl der junkerlichen Blockfreunde des Zentrums wieder niederlegen müssen. Die Linkenmehrheit die sich bei der Vizepräsidentenwahl einwandsfrei offenbarte, wird ihm keine Träne nachweinen, sondern voraussichtlich bei der Neuwahl des Präsidenten dieses wichtige Amt durch einen Vertreter der Linksparteien ersetzen, sodaß die Linkenmehrheit auch klar im Reichstagspräsidium zum Ausdruck gelangen wird.

Die Niederlage des schwarzblauen Blocks der Konservativen und des Zentrums bei den Reichstagswahlen würde dadurch auch im Reichstage selbst besiegelt werden. Und wenn die Bethmann-Hollweg'sche Regierung daraus nicht die Konsequenzen ziehen will, so wird sie mindestens gezwungen sein, sich der völlig veränderten Sachlage auch genau und nicht nur zum Scheine anzupassen. Die Fähigkeiten hat sie dazu, obwohl ein derartiges kamäleonartiges Anpassungsvermögen nicht jedermanns Sache ist. Das Volk erwartet vom neuen Reichstag und seiner Linkenmajorität, daß er, wenn auch nicht auf dem Gebiete des Militarismus und Marinismus, so doch wenigstens in Bezug auf die Stärkung und Festigung des Einflusses der Volksvertretung, die Verteilung der Steuerlasten und die Sozialpolitik im Interesse des Volkes fruchtbarere Arbeit zu leisten vermag. Dabei wird die stärkste Reichstagsfraktion, die sozialdemokratische, die Führung übernehmen und dafür sorgen, daß die Entwicklung tatsächlich niemals stille steht.

## Rundschau.

**Die Schutzverbandsunternehmer in Nürnberg** haben das Bedürfnis empfunden, dem Magistrat von der Beendigung des Kampfes im Steindruckgewerbe Mitteilung zu machen und bei dieser Gelegenheit auch der Polizei für die getroffenen Anordnungen beim Streik Dank abzusenden. Der Oberbürgermeister als Polizeichef schien sich doch dieses Lobes ein wenig zu schämen und meinte, daß sei ein eigenartiger Fall der Dankeserstattung. Jedenfalls war aber die Polizei nicht nur in Nürnberg, sondern auch in zahlreichen anderen Streik- und Aussperrungsorten redlich bemüht, sich namentlich durch ungehörige Beeinträchtigung der Rechte der Streikposten die Zufriedenheit und den Dank der Unternehmer zu erwerben.

**Für eine gelbe Rausreißerorganisation** nach Berliner Muster wurde kurz vor dem Abschluß des Kampfes auch in Nürnberg Propaganda gemacht. Uns liegt das Aufnahmeformular für einen *Unterstützungsverein Graphia für Nürnberg, Fürth und Schwabach (A. V.)* vor, das u. a. auch die Bitte an die Firma, bei der ein Mitgliedskandidat beschäftigt ist, enthält, das *Lohnbureau der betreffenden Firma möge den Beitrag zu dem genannten Vereine vom Lohne abziehen und dem Vereinsvorstande zuführen.* »A. V.« bedeutet »anerkannter Verein«! Neben diesem famoseren Aufnahmeformular laßt auch ein Flugblatt, das mit einer Versammlungseinladung verbunden war, weiß Geistes Kind das zu begründende Gebilde werden soll. Den Schluß dieses Flugblattes bildet nämlich folgende Bestätigung: »Es wird hiermit bestätigt, daß Herr N. N. von der Firma X. Y. Z. die Berechtigung hat, an der ... Gründungsversammlung teilzunehmen. Ausgestellt von (Stempel der Firma X. Y. Z.). Wer also nicht die ausdrückliche Erlaubnis seines Broterbers am Eingange zum Versammlungsort vorweisen konnte, wurde nicht eingelassen. Ein famos-r Arbeiterverein, der der wirtschaftlichen Abhängigkeit des Arbeiters vom Unternehmer auch noch die Geistesfreiheit und den

Intellekt des Arbeitssklaven zum Opfer bringt und ihn somit in doppelter Knechtschaft zwingt! Wir werden auf die Produkte dieser mutigen Mannes-seelen vom »anerkanntem Verein« in einer der nächsten Nummern in anderem Zusammenhange noch ausführlicher zu sprechen kommen. Ebenso werden wir eine Anzahl Preßstimmen, die sich mit dem Abschluß unserer Bewegung befassen, demnächst einer eingehenden Betrachtung unterziehen.

**NV-Inserate** werden auch nach dem Friedensschluß im Steindruckgewerbe noch von verschiedenen Schutzverbänden, die noch nicht alle ihre streikenden oder ausgesperrten Gehilfen wieder eingestellt haben, im Druckerei-Anzeiger veröffentlicht. Das widerspricht nicht nur den Erklärungen der Schutzverbandsleitung bei den Verhandlungen, sondern auch dem klaren Wortlaut der Abmachungen, wonach jeder an der Bewegung beteiligte Betrieb seine auswärtigen bzw. ausgesperrten Gehilfen bei Einstellung von Arbeitskräften in erster Linie zu berücksichtigen hat. Wir erwarten, daß es nur dieses Hinweises bedürfen wird, um diese Firmen zur strikten Erfüllung der Vereinbarungen und zur Unterlassung jener die Gehilfenschaft erneut provozierenden NV-Inserate zu bestimmen.

**Graphische Ausstellung 1914.** Am 23. Januar fand im Budgetgewerbehaus zu Leipzig eine gemeinsame Sitzung des Direktoriums mit den Vertretern der verschiedenen wirtschaftlichen Vereinigungen des Budgetgewerbes statt, um deren Mitwirkung an dem großen Unternehmen zu sichern. In längerer Aussprache wurde der vorläufige Organisationsplan ergänzt und grundsätzlich festgestellt, so daß nun demnächst an die Bildung eines Gesamtausschusses und der verschiedenen Arbeitsausschüsse der Gruppen hergetreten werden kann. Von besonderer Bedeutung war die Anwesenheit des Herrn Geheimrat Professor Dr. Lamprecht, der den großzügigen Plan einer kulturgeschichtlichen Abteilung entwickelte, welcher sich die historischen Überblicke der einzelnen Gruppen einzugliedern hätten. Die verschiedenen Vereine wurden ferner gebeten, geschlossene, technisch-belehrende Abteilungen der Arbeitsweisen ihrer Zweige von sich aus zusammenzubringen und auszustellen. Für die graphische Kunst sagte der Direktor der Kgl. Akademie für graphische Künste und Budgetgewerbe eine solche instruktive Gruppe zu, während der Direktor der Leipziger Universitätsbibliothek die Vorbereitung der Abteilung für Bibliothekwesen übernahm. Die Arbeiten an der Ausstellung sind damit in ein neues Stadium getreten und werden nun zunächst von den einzelnen Gewerbezweigen noch weiter beraten und gefördert werden. — Inzwischen haben die Photographen bereits damit den Anfang gemacht. In einer Zusammenkunft von etwa 40 Vertretern der Berufsphotographie wurde nach langen Beratungen eine Einigung zwischen den drei photographischen Verbänden dahin erzielt, daß die Gesamtleitung der Gruppe Berufsphotographie in den Händen des Zentralverbandes Deutscher Photographenvereine, vertreten durch dessen Vorsitzenden R. A. Schlegel in Dresden, liegt. Daneben werden der Deutsche und der Süddeutsche Photographenverein selbständig aus den Kreisen ihrer Mitglieder eine Ausstellung organisieren.

**In der Porzellanindustrie** droht es zu einer allgemeinen Aussperrung der Porzellanarbeiter und -Arbeiterinnen zu kommen. In der Isolatorenbranche kam es zu Differenzen, durch die die Arbeiter dieser Branche zur Arbeitsniederlegung gezwungen wurden. Trotz des Bemühens des Porzellanarbeiterverbandes, den Kampf zu lokalisieren, nahm er durch die Zumutung zur Leistung von Streikarbeit an Ausdehnung zu. Hauptsächlich waren die auch unsern in der Keramik beschäftigten Kollegen nicht unbekannt großen Porzellanfabriken *Ph. Rosenthal & Co. A.-G. in Selb* und *Porzellanfabrik Kahla, Abteilung Hermsdorf* von der Bewegung erfaßt worden. Diese sind Mitglieder des Schutzverbandes deutscher Porzellanfabriken, der unterm 1. Februar dem Vorstände des Porzellanarbeiterverbandes mitteilte, daß es der Schutzverein durch Beschluß vom 1. Januar 1912 seinen Mitgliedern zur Pflicht gemacht habe, »ihren sämtlichen Arbeitern zum 24. Februar zu kündigen und die Arbeit in den Fabriken nicht früher wieder aufnehmen zu lassen, bis die Differenzen zwischen dem Arbeitgeber- und Arbeiterverband eine befriedigende Lösung gefunden haben«. Durch die Behauptung, bei dem lokalisierten Vorgehen der Arbeiter handle es sich um eine »frivole Herausforderung sämtlicher Arbeitgeber«, sucht der Schutzverein bei den Geschirrfabrikanten dafür Stimmung zu machen, daß sie für die syndizierten Unternehmer in der elektrotechnischen Porzellanwaren-(Isolatoren-)Branche die Kastanien aus dem Feuer holen. Der Porzellanarbeiterverband sieht dem weiteren Verlauf der Dinge mit Ruhe und Entschlossenheit entgegen.

## Genossenschaftl. Monatsschau.

Berlin, den 12. Februar 1912.

Politik und Genossenschaften in Frankreich. Stellungnahme zu politischen Fragen zum Sechszehnten. Drohen eine Ausnahmebesteuerung der Konsumvereine in Preußen? Antrag Hammer; seine Realisierung durch das neue Einkommensteuergesetz; Abstraktion der Konsumgenossenschaften.

Die Beziehungen von Politik und Genossenschaften in Frankreich behandelte der französische Genossenschaftler Mutschler in Nr. 2 der »Konsum-

genossenschaftlichen Rundschau«. Er zeigt, daß es unter den 390 sozialistischen Genossenschaften in Frankreich kaum 24 gibt, die über 1000 und nur sieben, die über 2000 Mitglieder zählen, und fährt dann fort: »Wenn wir nun von dieser Abstraktion hineinschauen in die Wirklichkeit, so sind die Zustände eher noch schlimmer und trauriger, als die nackten Zahlen sie erscheinen lassen. Was uns da vor allem auffällt, das sind die vielen Vereine und Vereinigungen, die auf einen engen Kreis beschränkt, mühsam dahingvegetieren, ohne weder leben noch sterben zu können — ein wahrer Jammer! Anstatt einer einzigen lebensfähigen Genossenschaft, sehen wir an vielen Orten mehrere oder eine ganze Reihe, die sich mehr oder weniger das Feld streitig machen. So haben wir in Lyon über ein Dutzend in allen Schattierungen, in Creusot ebenfalls und in Paris und Umgebung (Seine-departement) über 100 solcher Vereine und Vereinigungen. Daß unter diesen Umständen von einem wirtschaftlichen Fortschritt, von Verringerung der Unkosten, von nennenswerten Vorteilen für die Konsumenten, von Beseitigung des Zwischenhandelsprofits und insbesondere von einem erfolgreichen Kampfe gegen die mit jedem Tage sich mehr ausdehnenden Filialgeschäfte — von der von den sozialistischen Genossenschaften so viel betonten sozialen Umgestaltung ganz zu schweigen! — nicht die Rede sein kann, erhellt ohne weiteres.« Eingehend schildert er nun, wie der Umstand, daß in Frankreich die Politik in die Genossenschaften hineingetragen worden ist, im größten Maßstabe zur Gründung von kleinen leistungsunfähigen Vereinen geführt hat und wie sie weiter häufig dazu beiträgt, daß große kräftige Vereine ihre Aufgabe nicht mehr in der bisherigen Weise erfüllen können. Die verschiedenen Fraktionen bemühen sich im Verein, das Heft in die Hände zu bekommen, anstatt mit den anderen einträchtig zusammenzuarbeiten. Die Folgen sind zunächst einmal heftige Kämpfe in den Generalversammlungen. Ist es nun aber der einen Gruppe gelungen, in die Leitung der Genossenschaft hineinzugelangen, so werden natürlich an ihre Tätigkeit ganz besondere Anforderungen gestellt, und das zu einer Zeit, wo die Genossenschaft durch den Streit schon geschwächt ist und einen Teil ihrer Mitglieder vor den Kopf gestoßen hat. Die weitere Folge ist dann scharfe Kritik an den Handlungen der Leitungen und womöglich eine Spaltung. Mutschler stellt dann fest, daß der größte Teil der maßgebenden Persönlichkeiten in der sozialistischen Genossenschaftsbewegung auch bereits erkannt hat, daß ein Zusammenarbeiten aller nötig ist, daß sie jedoch die anfangs vertretenen Theorien jetzt nicht glatt verleugnen können. Diese Streitigkeiten sind um so schlimmer, als sie auch zu einer Spaltung der Großeinkaufsorganisationen geführt haben, deren zwei arbeiten, von denen jedoch die eine nur geringe Umsätze erzielt, während die andere, größere, ihre Mittel in starkem Maße festgelegt hat. Mutschler schließt seinen Artikel mit folgenden Worten: »Eins nur noch möchten wir bemerken, nämlich: wenn wir in Frankreich gleich von Anfang ein Genossenschaftsgesetz gehabt hätten wie hier in Deutschland, d. h. ein Gesetz, das die Politik in der Genossenschaft einfach kurzweg verbietet und die Revisionen obligatorisch macht, wären wir in Frankreich sicher besser daran. Die Freiheit ist gewiß ein schönes Ding, wenn sie aber darin bestehen soll, daß jeder sich mit Absinth und die Genossenschaft mit Politik vergiften kann, wie er will, dann hol sie der ...«

Wir stehen ebenfalls auf dem Standpunkt, daß eine neutrale Konsumvereinsbewegung das richtige ist und daß die Genossenschaften genau so wie die Gewerkschaften unpolitisch sein sollen. Trotzdem wird sich die *Stellungnahme zu politischen Fragen* in vielen Fällen für die Genossenschaftsbewegung ebenso notwendig machen wie sie sich für die Gewerkschaftsbewegung als notwendig erwies. Das eigene Interesse und der Selbstschutz gegen genossenschaftsfeindliche politische Maßnahmen werden dazu zwingen. Tatsächlich hat ja auch die Zentrale der deutschen Konsumvereine vor den Reichstagswahlen in dieser Richtung gearbeitet und dadurch mit dazu beigetragen, daß die Gegner der Genossenschaftsfrage im deutschen Reichstage stark zurückgedrängt worden sind. Wie notwendig eine derartige Stellungnahme ist, lehren die Knebelungsversuche, die in den verschiedenen deutschen Bundesstaaten gegen die Genossenschaften, speziell gegen die Konsumvereine der Arbeiter, in die Wege geleitet werden.

Ein neues Beispiel in dieser Richtung liefert jetzt wieder der größte deutsche Bundesstaat Preußen, der sich mit dem Plane einer neuen *Ausnahmebesteuerung der Konsumvereine* trägt.

Vor etwa einem Jahre brachte der Abgeordnete Hammer im preußischen Landtag einen Antrag ein, indem die Regierung ersucht wird, eine *Änderung des preußischen Einkommensteuergesetzes* vorzuschlagen, so daß bei den Konsumvereinen nicht nur die Rückvergütung, sondern auch der feste Rabatt der Einkommensteuer unerliegt. Die Parteien verhielten sich diesem Antrage gegenüber sympathisch. Der sozialdemokratische Redner erhob dagegen entschiedenen Protest, außerdem stimmten in der Kommission mehrere Mitglieder des Zentrums gegen den Antrag.

In dem neuen Entwurf zu einem neuen *Einkommensteuergesetz* ist von der Regierung der Antrag Hammer bereits vollständig angenommen



worden. Die Regierung schlägt folgende Fassung vor: »Bei Konsumvereinen gehört zu den steuerpflichtigen Überschüssen auch jede den Mitgliedern als Rabatt, Kundengewinn oder unter ähnlicher Bezeichnung gewährte Rückvergütung.« Die Begründung dazu lautet: »Bei der Veranlagung der steuerpflichtigen Konsumvereine und ähnlichen Vereinigungen ist es bisher streitig gewesen, ob diejenigen Beträge, welche diese Vereine vielfach ihren Warenabnehmern nach dem Verhältnisse der bezogenen Waren am Schlusse des Geschäftsjahres unter der Bezeichnung »Rabatt« oder Kundengewinn zurückzuführen, dem steuerpflichtigen Einkommen zuzurechnen seien oder nicht. Das Oberverwaltungsgericht hat die Steuerpflichtigkeit der Beträge bejaht, wenn sie aus dem der Verfügung der Generalversammlung unterliegenden Reingewinn entnommen worden sind, es hat sie dagegen verneint für solche Beträge, auf deren Zahlung die Warenabnehmer durch den Abschluß des Kaufvertrags nach den Statuten einen von den Beschlüssen der Vereinsorgane unabhängigen Anspruch erworben hatten. (Entsch. in Staats.-S. Bd. 6 S. 385 — Bd. 11 S. 217 — Bd. 13 S. 405 — Bd. 14 S. 416 und 423.) Die gemachte Unterscheidung entbehrt der wirtschaftlichen Berechtigung, und es erscheint zweckmäßig, die Frage durch das Gesetz zu entscheiden und die Beträge, die in allen Fällen dem erzielten Geschäftsgewinn entstammen, allgemein für steuerpflichtig zu erklären. Die Änderung entspricht dem im vorigen Jahr im Abgeordnetenhaus eingebrachten Antrage des Abgeordneten Hammer, der am 15. Mai 1911 von der verstärkten Handels- und Gewerbekommission des Abgeordnetenhauses beraten und von dieser Kommission dem Plenum zur Annahme empfohlen worden ist.«

Die Begründung ist wirklich außerordentlich dürftig. Wenn die Unterscheidung der wirtschaftlichen Berechtigung entbehrt, dann muß man doch noch immer untersuchen, ob nicht die Besteuerung der Rückvergütung auch in den anderen Fällen unberechtigt ist. Diese Untersuchung stellte der Verfasser der Denkschrift wohlweislich nicht an, weil ihm der Nachweis für die Notwendigkeit der Konsumvereinsteuern auf jeden Fall sehr schwer fallen würde. Tatsächlich liegen die Dinge nämlich so. Die Konsumvereine sind, wie von der Wissenschaft allgemein anerkannt wird, keine Erwerbsunternehmungen, erzielen infolgedessen auch keinen Gewinn. Was sie als Rückvergütung verteilen, ist lediglich Ersparnis. Von dieser Ersparnis könnte man höchstens den Teil, der zur Bildung gemeinsamen Vermögens verwendet wird, besteuern. Eine Besteuerung der gesamten Rückvergütung ist aber durchaus unberechtigt. Trotzdem erfolgt sie seit Jahren. Die Konsumvereine haben die Steuern auch ruhig gezahlt, nur hier und da sind sie, weil ihnen die Ungerechtigkeit doch zu arg wurde, dazu übergegangen, einen festen Rabatt einzuführen. Sobald nämlich der Käufer in dem Augenblick des Kaufes einen Rechtsanspruch auf Rabatt hat, kann diese Summe nach dem geltenden Steuerrecht nicht mehr besteuert werden. Das ist durchaus kein Vorrecht der Konsumvereine, sondern das ist die selbstverständliche rechtliche Regelung, die für alle Händler gilt. Den Mittelständern war es jedoch unangenehm, daß das außerordentliche Steuerrecht den Konsumvereinen die Möglichkeit bot, ihre hohe Steuersumme etwas zu ermäßigen, und sie inszenierten dagegen eine Bewegung, wie man sieht, leider nicht ohne Erfolg. Es soll also nach dem Regierungsentwurf für die Konsumvereine eine Ausnahmebesteuerung eingerichtet werden. Das ist um so skandalöser, als die Konsumgenossenschaften schon heute sehr erhebliche Steuern zahlen, während andere Genossenschaften steuerfrei sind. Nach dem statistischen Jahrbuch für Preußen 1910, zahlten im Jahre 1910 919 Konsumvereine 414000 Mk. Steuern, während 926 andere Genossenschaften nur 28600 Mk. Steuern zahlten. Man kann diese Zahl jedoch erst recht würdigen, wenn man bedenkt, daß nach der letzten Statistik der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse in Preußen insgesamt 15777 Genossenschaften bestanden. Also rund 14000 Genossenschaften zahlten keine Steuern. Es wird Aufgabe aller organisierten Konsumenten sein, gegen diese neue Ausnahmegesetzgebung entschieden Front zu machen und die Aktion der konsumgenossenschaftlichen Abwehrkommissionen, die wohl in nächster Zeit einsetzen wird, entschieden zu unterstützen.

Nach der »Konsumgen. Korr.«

## Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen.

II.

Während der Daseinskampf im Tierreiche noch immer die Form des Vernichtungskampfs beibehalten hat, hat er sich im Menschenreiche in den sogenannten Beherrschungskampf umgewandelt. Der eine Mensch oder die eine Menschengruppe hat sich zum Herrscher über andere Menschen gemacht und beutet sie zu egoistischen Zwecken aus. Wie uns die Geschichte lehrt, hat sich diese Umwandlung dadurch vollzogen, daß eine siegreiche Menschenhorde die feindliche besiegte Horde nicht mehr mit Stumpf und Stil ausrottete, sondern daß sie einige von den Besiegten am Leben lies. Zuerst schenkte man vornehmlich ansehnlichen, hübschen

Weibern das Leben, weil ihr Körper die Sinnlichkeit der Männer reizte. In den Männern steckte ja der Trieb nach Abwechslung im Geschlechtsleben und so fühlten sie sich zu den fremden Weibern hingezogen. Diese fremden Weiber wurden zu geschlechtlichen Zwecken gebraucht und gleichzeitig mußten sie den Männern allerlei Dienste leisten; sie wurden für die Männer Lustobjekte und Arbeitstiere, was Millionen von Frauen bekanntlich auch noch heute sind. Die fremde Frau wurde die Sklavin des Mannes, sie verlor das Verfügungsrecht über ihren Körper und ihren Willen, sie ging in das Eigentumsrecht des Mannes über; die von ihr geborenen Kinder gehörten dem Manne, der mit Eifersucht darüber wachte, daß der Verkehr seiner Frau mit andern Männern ersdwert oder gar unmöglich gemacht wurde. Die ursprüngliche Mutterfamilie, in der die Frau den Mittelpunkt bildete, fiel auseinander und es kam das Vaterrecht auf; jetzt war der Mann das Haupt in der Familie. So war denn zum ersten Male ein Mensch zum Eigentum eines andern Menschen geworden.

Allmählich ließ man auch gesunde, kräftige, arbeitsfähige Männer, die man unter den Besten fand, am Leben und machte sie zu Sklaven. Die Sieger nahmen den Besiegten ihr Hab und Gut ab: Ländereien und Viehherden, Waffen und Gerätschaften, Nahrungsmittel und Wohnzelte, alles ging in ihren Besitz über. Nun wurden auch die Sklaven Eigentum der Sieger, deren Willkür sie willenlos ausgeliefert waren. Alles was sie hatten, gehörte ihrem Herrn; der Körper, ihr Geist, ihre Arbeitskraft war nicht mehr ihr Eigentum, sondern das ihres Herrn. Sie waren besitzlos, rechtlos, willenlos; sie waren eben keine Menschen mehr, sondern nur noch Arbeitstiere. Der römische Grundherr teilte seine Werkzeuge ein in leblose: Pflug, Egge, Wagen usw., in lebende, nichtsprechende: Ochsen, Pferde, Kühe usw. und in lebende, sprechende: Sklaven und Sklavinnen. Der Sklavenbesitzer hatte das unbeschränkte Verfügungsrecht über seine Sklaven; er konnte sie verschenken, verkaufen, er durfte sie mißhandeln und töten, ohne daß sich irgend jemand darum kümmerte. Selbstverständlich mußten die Sklaven und Sklavinnen alle die Arbeiten verrichten, die ihren Herren nicht begheten. Bei den Nomadenstämmen mußten sie das Vieh füttern und pflegen, die Zelte aufstellen und abbrehen, die Gebrauchsgegenstände transportieren; bei den Ackerbau treibenden Stämmen bestand ihre Arbeit darin, mit den einfachen Werkzeugen das Feld zu bestellen und die Ernte einzubringen, bei den Schiffahrt und Fischfang betreibenden Stämmen mußten sie die Fahrzeuge fortbewegen, die Fischnetze auswerfen und einziehen usw. Später lagen den Sklaven alle gewerblichen und landwirtschaftlichen Tätigkeiten ob, während sich die Herren vor jeder Arbeit drückten. So gab es Hirtenklaven, Ackerbauklaven, Galeerenklaven, Fabriksklaven, Hausklaven, kurz und gut, alle Arbeit ruhte in den Händen unfreier Leute und jede des Erwerbs wegen betriebene Tätigkeit galt eines freien Mannes für unwürdig.

Solange die Sklaven noch selten waren, bildeten sie ein großes Wertobjekt für ihre Herren und erfreuten sich infolgedessen einer verhältnismäßig guten Behandlung und Pflege, wie ja ein Bauer auch seine Pferde gut behandelt, weil sie für ihn einen größeren Wert haben. Nach und nach aber wuchs infolge der vielen Kriege die Schar der Sklaven an und der Wert des einzelnen Sklaven fiel ganz bedeutend. »Billig wie ein sardischer Sklave« war eine Redensart bei den Römern. Wenn sie eine wertlose Sache bezeichnen wollten. Jetzt wurden die Sklaven in der scheußlichsten Weise ausgebeutet und aufs grausamste behandelt, so daß das Elend der Sklaven grauenhafte Formen annahm. Die Folge davon war, daß die Sklaven sich empörten und mit den Waffen in der Hand gegen ihre Herren kämpften. Die zahlreichen Sklavenaufstände des untergehenden Altertums legen Zeugnis ab von dem Haß der Ausgebeuteten und der Grausamkeit der Ausbeuter. Alle diese proletarischen Befreiungskämpfe sind ohne Erfolg geblieben und das Ende davon war, daß die alte, auf der Sklaverei beruhende Gesellschaft in sich selbst zusammenbrach.

Die zweite Form der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen war der mittelalterliche Feudalismus. Die Sklaverei verschwand allmählich im Abendlande und an deren Stelle trat die Hörigkeit halbfreier Leute. Die Grundherren waren im Besitze des gesamten Landes, das sie wieder stückweise den kleinen Bauern zur Bewirtschaftung überließen. Sie gaben ihnen Ländereien zu Lehen, also geliehen, und bedangen sich dafür Abgaben und Frondienste aus. Diese Abgaben bestanden in Naturalien und darum glich der Hof eines Grundherrn an den Zinstagen einem Marktplatz, auf dem es von Hühnern, Gänsen und Enten, von Kälbern, Schafen und Schweinen wimmelte und wo das Getreide, der Flachs, die Wolle, das Wachs hoch aufgestapelt war. Die Fronarbeiten bestanden in Spanndiensten und Handdiensten, die jahraus jahrein geleistet wurden. Die Hörigen mußten ihrem Herrn Steine und Balken heranschaffen und Haus und Scheune bauen oder reparieren, sie mußten auf seinem Acker arbeiten und auch im Hauswesen Dienste leisten, die Schneider und Schuster lieferten Kleider und Schuhe, der Schmied mußte die Pferde beschlagen usw. Anfangs waren die Abgaben und Dienstleistungen nur gering und

halten manchmal einen humoristischen Anstrich, was darauf schließen läßt, daß sie nicht drückend empfunden wurden. Nach und nach aber erwachte der Heißhunger der Grundherren und die Lasten, die auf die Schultern der Hörigen gelegt wurden, wurden immer schwerer und unerträglich. Die Herren ersannen immer neue Abgaben und Frondienste, ihre Habgier und Unverschämtheit wurde schließlich so groß, daß sich die Landbevölkerung empörte und die Fahne des Aufbruchs durch die Gauen trug. Aber auch die Bauernkriege brachten dem Landvolke keine Befreiung, im Gegenteil, es versank immer mehr in geistiges und materielles Elend und das Ausbeuterium feierte wahre Orgien.

Dann erschien der moderne Kapitalismus auf der Bildfläche und schuf eine neue Form der Ausbeutung. Er predigte das Evangelium der Freiheit und Gleichheit, und die Gleichberechtigung aller Menschen erhob er zum Prinzip. Kapitalist und Arbeiter, so lautete die Theorie, stehen sich als freie, gleichberechtigte Personen gegenüber, der Arbeiter will seine Arbeitskraft verkaufen, der Kapitalist will sie kaufen. Sie einigen sich über die Bedingungen und schließen dann einen Vertrag, den sogenannten Arbeitsvertrag, ab. Der Kapitalist zahlt für die Arbeitskraft den Preis, der durch Angebot und Nachfrage festgestellt wird. Ist viel Arbeitskraft am Markte, so ist der Preis niedrig, ist wenig vorhanden, so steigt der Preis. Trotzdem nun der Kapitalist für die Arbeitskraft so viel zahlt, wie sie wert ist, bringt er es doch fertig, den Arbeiter auszubeuten, indem er ihn länger arbeiten läßt und intensiver ausnutzt, als zur Ersetzung des Arbeitelohnes erforderlich wäre. Diese unbezahlte Mehrarbeit steckt der Kapitalist als seinen Gewinn in die Tasche.

Die drei Ausbeutungsformen: Sklaverei, Feudalismus, Kapitalismus, haben das gleiche Ziel und den gleichen Erfolg. Der wirtschaftlich Starke sucht aus dem wirtschaftlich Schwachen möglichst viel herauszuholen, nur liegt die Ausbeutung nicht immer offen zutage. Die Sklaven des Altertums bekamen von ihrem Herrn den Lebensunterhalt und mußten dafür Arbeit leisten, und ein oberflächlicher Beobachter könnte meinen, daß sich hier Leistung und Gegenleistung denken, die modernen Arbeiter bekommen ihren Lohn und machen dafür ihre Arbeit und man könnte fragen, wo denn da eine Ausbeutung vorliegt. In beiden Fällen ist die Ausbeutung verschleiert, aber bei näherer Betrachtung merkt man sofort, daß der antike Sklave und der moderne Lohnsklave mehr leisten muß, als er von seinem Ausbeuter bekommt. Sklavenhalter und Kapitalist suchen fortwährend die Ausbeutung zu steigern, indem sie den Unterschied zwischen dem, was ihre Leute bekommen, und dem, was sie dafür leisten müssen, vergrößern. Deshalb wurde den Sklaven der Lebensunterhalt geschmälert und verschleiert, während ihre Arbeitslast vermehrt wurde, beim modernen Arbeiter sucht der Kapitalist den Lohn herabzudrücken, aber gleichzeitig die Arbeitszeit zu verlängern und die Arbeitsintensivität zu steigern. Im mittelalterlichen Feudalismus tritt die Ausbeutung deutlich zutage; denn daß die Hörigen durch unbezahlte Abgaben und unentgeltliche Dienstleistungen von den Grundherren ausgebeutet wurden, ist ja sonnenklar. Auch die Steigerung der Ausbeutung durch Vermehrung der Abgaben und Dienstleistungen lag unverschleiert vor dem Auge des Beobachters.

Aus der einen Ausbeutungsform hat sich die andere entwickelt; uns aber ist die Aufgabe geworden, jegliche Ausbeutung des Menschen durch den Menschen unmöglich zu machen. Brutus.

## Die Tarifverträge im Deutschen Reiche im Jahre 1910.

Von der »Abteilung für Arbeitsstatistik« im Kaiserlichen Statistischen Amt werden seit dem Jahre 1903 auch Erhebungen über die Tarifverträge in Deutschland angestellt. Von 1907 an verloren diese Erhebungen den Charakter von Sammlungen und wurden methodisch durch Fragebogen veranstaltet, die zusammengestellt und bearbeitet in einem Sonderheft zum »Reichs-Arbeitsblatt« erscheinen. Das »Korrespondenzblatt« der Generalkommission behandelte zum ersten Male im Jahre 1910 das amtliche Material für 1908/09 in einer besonderen statistischen Beilage und ermöglichte dadurch weiteren Kreisen das eingehendere Studium der Materie. Der Wert einer Statistik der Tarifverträge nicht nur für die Gewerkschaften, sondern auch für Fragen der Volkswirtschaft wird dadurch noch klarer. Um so mehr muß man bedauern, daß sich die amtlichen Angaben über den Inhalt der Tarifverträge nur auf die jeweilig im Berichtsahre abgeschlossenen Tarife beschränken, während der Gesamtbestand nur summarisch behandelt wird. Von 1912 an soll jedoch mit Hilfe der Gewerkschaften darin Wandel geschaffen werden. Schon jetzt stützt sich die amtliche Statistik zum überaus größten Teil auf die Berichte der Gewerkschaften. Im amtlichen Bericht heißt es: »Wie in den Vorjahren, mußte auch in diesem Jahre die Tarifstatistik auf die Einsendungen der Arbeitnehmergeverbeinde aufgebaut werden.« Wenn von Unternehmenseite nur über 547 Tarife mangelhafte Angaben gemacht wurden, so ist das leicht verständlich. Bedeutet doch für die Unternehmer die vertragliche Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen das Aufgeben eines Stückes von dem nur zu beliebigen



Standpunkt des Herrn im eignen Hause. Von Arbeiterseite wurde über sämtliche 4866 Tarife berichtet, über 4290 allein von den freien Gewerkschaften.

Wir entnehmen weiter dem Korrespondenzblatt den folgenden Auszug:

Im Berichtsjahre liefen 3240 Verträge für 84921 Betriebe und 642674 Personen ab; abgeschlossen wurden 4866 Tarife für 112846 Betriebe und 879989 Personen. Der Gesamtbestand betrug Ende 1910 8293 Tarife für 173727 Betriebe und 1361086 Personen gegen 6578 Tarife, 137214 Betriebe und 1107478 Personen Ende 1909. Demnach ist eine Zunahme um 1715 Tarife für 36513 Betriebe und 253608 Personen zu verzeichnen.

Der Hauptanteil der Tarifbewegungen im Jahre 1910 entfällt auf das Baugewerbe. Aber auch die Holzindustrie, die Industrie der Nahrungs- und Genussmittel, das Bekleidungs- und die Metallindustrie waren stark daran beteiligt.

Aus den Angaben über die vertragschließenden Parteien ergibt sich eine starke Zunahme der Verträge, bei denen sich als Abschließende Verbände gegenüberstehen. Tarifabschlüsse mit Innungen oder nur auf Arbeiterseite vorhandenen Organisationen sind im Rückgang begriffen, besonders stark die ersteren. Daraus ist ohne weiteres zu entnehmen, daß sich die Bedeutung der wieder aufstehenden alten zunftartigen Gebilde immer mehr verringert und den modernen Kampforganisationen der Unternehmer Platz machen muß.

Über den Geltungsbereich der Tarifverträge entsteht insofern ein falsches Bild, als Verträge, die zentral nach einem Vertragsmuster abgeschlossen wurden, wegen der Lohnregulierung sich jedoch in Orts- oder Bezirkstarife teilen, nicht als Reichstarife gezählt werden. Auf diese Weise kommt ein Rückgang der Reichstarife zustande, was den Tatsachen nicht entspricht. Dagegen dürfte die Abnahme der Firmen- und Ortstarife und die starke Zunahme der Bezirkstarife zutreffen. Denn in den einzelnen Jahren verringern sich die Verhältniszahlen der Personen unter den kleinen Tarifen zugunsten der Bezirkstarife ganz enorm. Ein klares Bild kann besonders hier aber nur eine Statistik des gesamten Tarifbestandes geben.

Es läßt sich aus den Zusammenstellungen über den Geltungsbereich aber noch ein anderes ersehen. Ohne auf Widerspruch zu stoßen darf man wohl voraussetzen, daß unter den bestehenden Verhältnissen fast alle Gewerkschaften den Abschluß von Tarifverträgen anstreben. Bei der Form dieser Abschlüsse, ob Firmentarif etc., spielen natürlich eine ganze Reihe Umstände mit. So die Eigenart des Gewerbes, die Meinungen über die vorteilhafteste der verschiedenen Formen usw., vor allen Dingen aber die Machtverhältnisse der sich gegenüberstehenden Kontrahenten bzw. Organisationen und da ist es denn wichtig, festzustellen, daß in der Nahrungsmittelindustrie, in der nach den vorläufig ermittelten Zahlen der Organisationsfähigen ca. 19 Proz. den Gewerkschaften angehören, die meisten Firmentarife abgeschlossen werden, während Reichstarife am meisten in den polygraphischen Gewerben zu finden sind, wo die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ca. 69 Proz. der organisationsfähigen betragen. Darin spiegelt sich neben anderem die ganz selbstverständliche Erscheinung wieder, daß, je stärker eine Organisation ist, es ihr um so eher möglich wird, für die größten Bereiche die Arbeitsbedingungen einheitlich zu regeln. Und wenn in der Statistik durch willkürliche Auslegung des Begriffs »Handwerk« der Versuch gemacht wird, es so darzustellen, als ob sich die Tarifverträge speziell nur für Handwerksbetriebe eigneten, so ist das eben ein Fehlschluß infolge irriger Beweisführung. Die Großindustriellen werden natürlich trotzdem daraus Material schlagen. Aber nicht die Eigenart der Produktion steht in der Großindustrie dem Abschluß von Tarifen im Wege, sondern die skrupellos ausgeübte brutale Macht des Unternehmertums. Daß die Gewerkschaften jedoch auf dem besten Wege sind, diese Macht zu brechen, das geht aber auch aus der Statistik hervor.

Der Bestand der Tarifverträge in den freien Gewerkschaften betrug Ende 1910 7196 Tarife für 127568 Betriebe und 1065648 Personen. Davon wurden erstmalig abgeschlossen 2211 Tarife für 23665 Betriebe und 197382 Personen. Erneuert oder verlängert wurden 2079 Tarife für 55888 Betriebe und 434156 Personen. Der überwiegende Teil der Abschlüsse, 2709, erledigte sich auf friedlichem Wege, bei 1581 gingen Streiks und Aussperrungen voran. In erheblichem Maße war daran das Baugewerbe durch die brutale Haltung der Arbeitgeberverbände beteiligt. — Ein Beispiel für die Richtigkeit des im vorigen Absatz Gesagten bietet die Textilindustrie. 87 Tarife mußten 1910 erkämpft werden, 69 wurden ohne Kampf erreicht. Wir haben es hier neben den Grubenherren und Schlotbaronen mit dem brutalsten Scharfmacher- und Ausbeutertum zu tun. Nur für 15460 Personen in 370 Betrieben waren Ende 1910 die Arbeitsverhältnisse durch 187 Tarife geregelt. An 166 Tarifen für 345 Betriebe und 13640 Personen war der Textilarbeiterverband beteiligt, ein Beweis seines energischen Arbeitens. Was bedeuten aber 15460 Personen unter tariflichen Verhältnissen gegen 113822 1910 im Textilarbeiterverband organisierte und noch ca. 6 mal so viel außerhalb der Organisation stehende Arbeiter und Arbeiterinnen. — Im Ganzen waren 42 Verbände

an den Tarifbewegungen beteiligt. Von den übrigen 12 haben 9 überhaupt keinen Tarifbestand.

Nach Berufsgruppen und Landesteilen gruppiert entfällt die größte Zahl der Tarifgemeinschaften auf Preußen. In weiten Abständen folgen Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden.

Über den Umfang der im Berichtsjahre von der Tarifbewegung erfaßten Betriebe und Personen ist zu berichten, daß 3482 Tarifgemeinschaften bis 50 Betriebe, 265 Tarifgemeinschaften über 50 Betriebe umfassen. Nach der Personenzahl ergibt sich folgendes Bild: bis 100 Personen 2553 Tarife, über 100 bis 500 Personen 798 Tarife, über 500 Personen 249 Tarife. Auch hier tritt im Vergleich mit den Vorjahren die Tendenz hervor, den Bereich der Tarifgemeinschaften zu vergrößern.

Die Vertragsdauer betrug bei 613 (1909: 972) Tarifen bis zu 1 Jahr, bei 778 (534) über 1 bis 2 Jahre, bei 854 (106) über 2, aber weniger als 3 Jahre, bei 973 (191) 3 Jahre, bei 271 (80) Tarifen länger als 3 Jahre. Die längeren Tarifperioden bürgern sich also immer mehr ein, besonders die 3jährige.

Die Kündigungsfristen sind in der Mehrzahl der Tarife, 1019, auf 2-3 Monate, in 434 Tarifen auf über 1 bis 2 Monate, in 799 Tarifen bis 1 Monat und in 84 Tarifen auf mehr als 3 Monate festgesetzt. Fristen für Unterhandlungen zur Tariferneuerung sind vorgesehen in 247 Verträgen bis zu 3 Monaten, darüber in 308 Tarifen.

Die Zahl der Tarife mit Einigungs- und Schlichtungsorganen betrug:

	1908	1909	1910
in Firmentarifen	465	600	905
in Ortstarifen	350	238	458
in Bezirkstarifen	339	214	876
in Reichstarifen	—	5	2

Spezialisierte Angaben über die Art dieser Einigungsinstanzen enthält leider die Statistik nicht.

Die gemeinsame Benutzung von bestimmten Arbeitsnachteilen war in 318 Tarifen den Parteien vorgeschrieben. Außerdem wurde in 260 Tarifen die Einrichtung von paritätischen Arbeitsnachteilen vereinbart. Von den 318 vorgeschriebenen Nachweisen waren 249 in den Händen der Arbeiter, 5 in denen der Unternehmer, 42 wurden paritätisch verwaltet, 2 waren Innungsnachteile und 20 gemeindliche Nachweise. Auf die Bedeutung der Arbeitsnachweisfrage braucht an dieser Stelle nicht näher eingegangen zu werden. Es sei nur an die erbitterten Kämpfe der Hamburger Holzarbeiter und der Leipziger Metallarbeiter, die sich vor kurzem wegen der Arbeitsnachweise abspielten, erinnert.

Die wichtigste Stelle nehmen aber ohne Zweifel die Arbeitszeit- und die Lohnfrage in der Statistik ein.

Bezgl. der täglichen und wöchentlichen Arbeitsdauer besteht in den Tarifen ein Unterschied, der durch verschiedene Umstände, Licht, Witterung, Saison usw., bedingt ist, der Unterschied zwischen Sommer- und Winterarbeitszeit. Trotzdem vergleichbare Angaben über diesen Stoff eigentlich erst seit 1908, event. noch 1907 vorliegen, tritt die Veränderung immerhin so in die Erscheinung, daß sich ein wesentlicher Fortschritt bereits erkennen läßt. In der folgenden Tabelle sei darum die Frage der täglichen Arbeitszeit, wie sie sich seit 1907 in den Tarifverträgen entwickelt hat, dargestellt. Dies ist die kürzeste, während der Tarifdauer zu erreichende Arbeitszeit nach der Prozentzahl der für sie in Betracht kommenden Betriebe und Personen.

Es hatten eine tägliche Arbeitszeit:

Jahr	bis zu 9 Stdn.		über 9 bis 10 Stdn.		über 10 Stdn.	
	35,5% der Pers.	59,1% der Pers.	5,4% der Pers.			
	Sommer	Winter	Sommer	Winter	Sommer	Winter
	Betr.	Pers.	Betr.	Pers.	Betr.	Pers.
1908	29,7	3,0	46,6	48,7	63,9	66,
1909	33,2	29,9	41,5	45,8	58,0	64,1
1910	37,1	34,4	48,0	50,4	64,1	69,4

Zu bemerken ist noch einmal, daß sich die Zahlen immer nur auf die im Berichtsjahre abgeschlossenen Verträge beziehen. Hier kommt übrigens das Auf und Ab der wirtschaftlichen Konjunktur sehr scharf zum Ausdruck. Andererseits fehlt aber auch hier wieder das gesamte Material der bestehenden Tarife, um zu ganz sicheren Schlüssen zu kommen. Doch bereits aus dieser Tabelle geht hervor, daß nicht nur die tarifliche Einführung des 10stündigen Arbeitstages als Maximum enorme Fortschritte macht, sondern auch der 9stündige Maximalarbeitstag in immer größerem Maße seine Einführung durch die Tarifverträge findet. Allerdings darf man sich durch die günstigen Winterarbeitszeiten nicht zu Trugschlüssen verleiten lassen. Da nämlich in der weitaus größten Zahl der Tarife Stundenlöhne festgesetzt wurden, geht zunächst die Arbeitszeitverkürzung auf Kosten der Arbeiter. Bei der Sommerarbeitszeit allein trifft das letztere nicht zu, da ja doch die Gewerkschaften neben der Arbeitszeitverkürzung auch Lohnerhöhungen durchzusetzen vermögen.

In der wöchentlichen Arbeitszeit läßt sich analog der stündlichen ebenfalls eine fortschreitende Verkürzung feststellen.

Längere als 10stündige tägliche Sommer-Arbeitszeiten finden sich im wesentlichen nur noch in den Tarifen des Verkehrsgewerbes, der Nahrungsmittelbranche, des Bekleidungs- und des Baugewerbes. Über 11stündige Sommerarbeitszeit wurde noch in

wenigen Fällen im Verkehrsgewerbe, in der Nahrungsmittelindustrie und in der Papierindustrie (ein Firmentarif für 357 Personen) tariflich vereinbart.

Bestimmungen über Pausen enthielten 2744 Tarife gegenüber 1406 im Vorjahre.

Die Regelung der Lohnformen ist in 3718 (1909: 2035) Tarifen vorgesehen. Nur Zeitlohn war in 1228, nur Stücklohn in 250, und Zeit- und Stücklohn in 2240 Tarifen vereinbart. Da im Baugewerbe die Abschlüsse mit reinem Zeitlohn von 372 im Jahre 1909 auf 267 1910 sanken, dagegen die Tarife mit gemischten Lohnformen in diesem Gewerbe von 211 im Jahre 1909 auf 979 stiegen, wird der reine Zeitlohn in der ganzen Statistik des Jahres 1910 zugunsten des Zeit- und Stücklohnes stark zurückgedrängt.

Abmahnungen, die bei Stücklohn ein gewisses Lohnminimum garantieren, waren in 768 Tarifen zu verzeichnen. 1909 waren es nur 176 Tarife.

Daß auch die Lohnfrage in den Tarifverträgen Fortschritte gemacht hat, versteht sich am Rande. Die beiden folgenden Tabellen dienen als Beweis dafür; sie sind natürlich nur als Beispiel aus der Fülle des Materials herausgegriffen. Für Gelernte waren in 2208 Tarifen Stundenlöhne und in 833 Tarifen Wochenlöhne, für Ungelernte in 793 Tarifen Stundenlöhne, in 588 Tarifen Wochenlöhne vorgesehen.

Die Stundenlöhne betragen für gelernte Arbeiter (in Klammern die Prozentzahl d. J. 1909)

In Pfg.	Tarife	Betriebe	Personen
bis 35	114 = 5,2 (15,4)%	1345 = 2,2 (13,7)%	12189 = 2,2 (11,0)%
35-65	935 = 87,6 (79,8)%	45705 = 76,8 (80,2)%	420783 = 73,7 (80,2)%
üb. 65	159 = 7,2 (5,4)%	1242 = 21,0 (7,5)%	137485 = 24,1 (8,8)%

Am stärksten vertreten waren die Stundenlöhne von 46 bis 55 Pfg. und zwar in 37,3 Prozent der Tarife für 36,4 Prozent der Betriebe und 28,6 Prozent der Personen.

Die Wochenlöhne betragen für Gelernte:

bis zu 25 Mk. für 25 862 = 25,9% (1909: 67,5) Pers.
über 25-35 „ „ 52723 = 60,1% ( „ : 29,2) „
über 35 „ „ 9869 = 11,0% ( „ : 3,3) „

Stunden- und Wochenlohnfestsetzungen für Arbeiterinnen enthielten 404 Tarife. 78,6 (1909: 33,1) Proz. der gelernten und 60 (1909: 48,3) Proz. der ungelerten Arbeiterinnen hatten Stundenlöhne von 21-30 Pfg., 6,2 Proz. der gelernten und 14,3 Proz. der ungelerten hatten mehr, 15,2 bezw. 25,7 Proz. weniger.

Wochenlöhne über 15 Mk. wurden vereinbart für 50,7 (1909: 56,7) Proz. der gelernten und 27,9 (1909: 1,3) Proz. der ungelerten Arbeiterinnen.

Die Statistik enthält dann noch Angaben über Lohnzuschläge für Überstunden, Sonntagarbeit, Nacharbeit und sonstige besondere Arbeiten, die für Arbeiter und Arbeiterinnen in den Tarifen festgelegt sind. Auch hierauf noch näher einzugehen, würde es unumgänglich machen, den uns zur Verfügung gestellten Raum zu überschreiten. Wir können darum nur das eingehende Studium der »Statistischen Beilage« des »Korrespondenzblattes« Nr. 49, 21. Jahrgang empfehlen. Sie umfaßt 40 Seiten; das hier Dargebotene ist ja nur ein Auszug in gedrängter Kürze.

Wenn wir nun zum Schluß das ganze Material überblicken, so ergibt sich, daß auch dieser Statistik der Stempel des unverkennbar ersichtlichen Fortschritts, der günstigen Weiterentwicklung der Tariffrage insgesamt, der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im einzelnen, aufgedrückt ist. Und was uns dabei mit besonderer Freude, mit stolzem Selbstbewußtsein erfüllt, ist, daß die freie Arbeiterbewegung fast restlos diese Errungenschaften auf ihr Konto buchen kann. Welche Unsumme von gebrochenem Unternehmerstarrsinn kommt in diesen Tarifverträgen zum Ausdruck. Mit jedem neuabgeschlossenen Tarif erreichen die Arbeiter ein Stück vertragliches Mitbestimmungsrecht über die Verwendung ihrer Arbeitskraft zur Mehrwerterzeugung. Außerhalb des gemeinen Rechts haben sich hier die Arbeiter eine Art Berufsfriedt geschaffen, daß nur auf der Macht ihrer eigenen Organisation ruht. Und sie haben es sich geschaffen kraft ihres Zusammenschlusses aus eigener Kraft gegen die verbündete Macht des wirtschaftlich und politisch stärkeren Unternehmertums und seines Staates. Was bedeutet dagegen das bischen sozialreformerische Betätigung des Staates, das wiederum erst einen Anstoß durch das Anschwellen der Arbeiterorganisationen erhielt. So sind zum ersten Male in dieser amtlichen Statistik die ortsüblichen Tagelöhne den tariflichen Mindestlöhnen gegenübergestellt mit dem Ergebnis, daß die ersteren fast durchweg niedriger sind als die letzteren. Wenn man nun annehmen könnte, daß die Regierung die aus diesem Vergleich zu ziehenden Lehren in die Praxis übertrüge, und für die Erhöhung der ortsüblichen Tagelöhne sorgen würde, so hätten auch hierzu wieder die Arbeiterorganisationen die mittelbare Veranlassung gegeben. Vergessen wir darum nicht, daß wir durch das Festhalten an der Organisation in allen Situationen diese nicht nur zur Kraftentfaltung in unserm Interesse befähigen, sondern damit auch die ganze Entwicklung vorwärtsschieben. Und wenn wir auch in den Tarifverträgen nicht das A und O unseres Strebens sehen, so bringen sie uns doch ein Stück näher dem Recht, das wir als Gleichberechtigte zu beanspruchen haben. gdt.



## Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

### Die Friedenspräliminarien.

II.

Nachdem wir im ersten Teil dieser Artikelfolge (s. »Gr. Pr.« Nr. 5) durch die Besprechung der Wiedereinstellungsbedingungen hauptsächlich Klarheit über die Wiederaufnahme der Arbeit zu schaffen versuchten, sei heute ein Blick auf den materiellen Inhalt der Friedensvereinbarungen geworfen. Denn auch in dieser Hinsicht scheint es oft noch an der wünschenswerten Klarheit zu fehlen. Besonders suchen es die dem Unternehmertum nahestehenden Blätter so darzustellen, als sei die Gehilfenschaft durch die lange Dauer des Kampfes keinen Schritt weiter gekommen und als habe man ihr das, was bei den Abschlußverhandlungen vereinbart wurde, schon bei den ersten Verhandlungen vom 15. September zugebilligt. Dieser Darstellung, die auch die Auffassung mancher Kollegen geworden zu sein scheint, stehen aber die einfachen Tatsachen entgegen, die klar und deutlich zeigen, daß in dem großen Kampfe um jeden Schritt Boden schwer gerungen werden mußte, daß uns aber gerade dieses andauernde Ringen doch von Position zu Position vorwärts gebracht hat.

Das lehnen schon die Verhandlungen über die Arbeitszeit. Bei den Auseinandersetzungen der Unternehmer- und Gehilfenvertreter vom 15. September 1911 erklärte sich die Leitung des Schutzverbandes zur Umgestaltung der täglichen Arbeitszeit für Steindrucker von nominell 9 Stunden in eine effektive 53stündige Arbeitszeit wöchentlich bereit. Bei den Verhandlungen vom 7. Dezember 1911 wurde der Begriff »effektive Arbeitszeit« von den Unternehmervertretern in der Weise deklariert, daß während der vollen festgesetzten Zeit auch gearbeitet werden müsse, d. h. also, daß alle Einlaufsfristen bei Beginn und alle Waschpausen vor Schluß der Arbeitszeit sowie alle An- und Auskleidefristen in Zukunft aus der regulären Arbeitszeit ausgeschaltet werden müßten. Ferner beanspruchten sie für solche Firmen, in denen bisher die Arbeitszeit für Lithographen weniger als 48 und für Steindrucker weniger als 53 Stunden wöchentlich betrug, ausdrücklich das Recht auf Verlängerung dieser kürzeren Arbeitszeit bis zu 48 bzw. 53 Stunden wöchentlich. Diese offensichtlichen Verschlechterungen konnten die Gehilfenvertreter unter keinen Umständen annehmen. Der Kampf mußte weitergeführt werden, nicht durch die Schuld der Gehilfen, sondern wegen der unannehmbaren Zumutungen der Unternehmer. Und das entschlossene Ausharren der Gehilfenschaft im Kampfe zeitigte das Ergebnis, daß die Unternehmer ihre Verschlechterungspläne vom 15. September und 7. Dezember 1911 bei den Verhandlungen vom 10. und 11. Januar 1912 preisgaben. Sie nahmen Abstand von dem Versuch, die bisherige Arbeitszeit nicht nur nicht zu verkürzen, sondern noch zu verlängern und sie fanden sich sowohl mit der Beibehaltung kürzerer Arbeitszeiten als auch mit der Aufrechterhaltung von Einlaufs-, Wasch-, An- und Auskleidefristen, die mit Zustimmung (auch stillschweigender!) der Geschäftsleitung eingeführt wurden, ab. Die anfangs geltend gemachte Zumutung von Verschlechterungen der Arbeitszeitbedingungen wurde also durch das Ausharren im Kampfe zurückgewiesen und eine Verkürzung der Arbeitszeit um nominell eine Stunde wöchentlich wurde unter Aufrechterhaltung aller Vergünstigungen erreicht.

Auch in der Lohnfrage haben die Unternehmer ihren ursprünglichen Standpunkt der vollständigen Ablehnung der Gehilfenforderungen im Verlauf des Kampfes revidiert. Bei den Verhandlungen vom 15. September und 7. Dezember 1911 erklärten sie sich nur zu einer Regelung der Mindestlöhne für Ausge-

lernte bereit. Über weitere Lohnzulagen und über alle anderen Gehilfenforderungen lehnten sie jede Verhandlung ab, als ihre Verschlechterungszumutungen bezüglich der Arbeitszeit von den Gehilfenvertretern nicht angenommen wurden. Wie zutreffend die aus dieser Ablehnung der weiteren Verhandlungen von den Gehilfenvertretern gezogene Schlußfolgerung war, daß die Unternehmer auch in den übrigen Gehilfenforderungen nicht das geringste Zugeständnis machen wollten, lehrten noch die Verhandlungen vom 10. und 11. Januar 1912, bei denen bekanntlich der Schutzverbandsvorsitzende zur Lohnfrage erklärte: »Die Mitglieder des Schutzverbandes und die mit ihnen solidarischen Leipziger Firmen sind nicht in der Lage, Lohnzulagen irgend welcher Art und in irgend einer Form zu gewähren.« Bis zu den Abschlußverhandlungen vom 23. bis 27. Januar 1912 haben aber die Unternehmer auch diesen strikt ablehnenden Standpunkt aufgegeben, indem sie sich wenigstens zu Lohnzulagen für alle diejenigen Gehilfen, die bis zu 5 Mk. über die neufestgesetzten Mindestlöhne verdienen, d. h. also zu einer *Ausbesserung der niedrigsten und verbesserungsbedürftigsten Löhne* bereit erklärten. Diese Lohnerhöhungen hat die Schutzverbandsleitung den Mitgliedern empfohlen, aber sowohl von dem Schutzverbandsvorsitzenden als auch von anderen Schutzbandsvertretern wurde den Beauftragten der Gehilfenschaft immer wieder versichert, daß man dieser Empfehlung auch vertrauen könne; sie sei keine Redensart, sondern man könnte überzeugt davon sein, daß der Einfluß der Leitung auch soweit reiche, die Empfehlung auch zur Tat werden zu lassen. Sie empfehle den Mitgliedern nichts, von dem sie nicht bestimmt voraussetze und im voraus wisse, daß ihre Empfehlung auch auf fruchtbaren Boden falle und befolgt werde. Also auch in der Lohnfrage, in der zuerst jedes Zugeständnis irgend welcher Art und in irgend einer Form rundweg abgelehnt wurde, ist durch das Ausharren im Kampfe insofern ein Schritt vorwärts gemacht worden, als wenigstens alle Kollegen, die je nach der Höhe des örtlichen Mindestlohnes bis zu 26,50 Mark im niedrigsten und 29 Mark im günstigsten Falle verdient haben, innerhalb von 4 Wochen nach Wiederaufnahme der Arbeit Zulagen zugesichert erhielten. Und der Prozentsatz der Kollegen mit den genannten Höchstverdiensten ist nicht gering. Bezüglich der Gehilfen mit höheren Löhnen erklärte der Schutzverbandsvorsitzende, daß man mit Lohnzulagen nicht zurückhalten, sondern sie von Fall zu Fall auch fernerhin bewilligen wolle; das müsse aber wie bisher der freien Vereinbarung überlassen bleiben. Unsere Kollegen werden sich auf diese Erklärung berufen müssen; wenn sie von Fall zu Fall Lohnzulagen fordern.

Auch bezüglich der *Mindestlöhne* gelang es sogar noch am letzten Verhandlungstage, gegenüber den ersten Festsetzungen vom 10. und 11. Januar für 11 Orte (abgesehen von den rheinischen Städten, deren Mindestlöhne erst nachträglich festgesetzt wurden) eine weitere Erhöhung durchzusetzen, und zwar für 3 Orte je um 1 Mk. und für 8 Orte je um 50 Pfg. Wir hoben schon früher hervor, daß sich die allgemeine wesentliche Erhöhung der Mindestlöhne für Ausgelernte um 2 bis 3 Mk. als außerordentlich bedeutungsvoll erweisen wird, da sie nicht ohne beträchtlichen Einfluß auf die höheren Löhne bleiben kann, die sich automatisch nach der Steigerung der Mindestlöhne regeln müssen. Und wenn diese Errungenschaft vorerst auch noch vielfach unterschätzt wird, so wird die nahe Zukunft doch ihre große Bedeutung für die *gesamten* Lohnverhältnisse im Gewerbe erweisen.

Ähnlich wie bei der Lohnregulierung entwickelte sich die Sachlage im Verlaufe des Kampfes bei der Regelung des *Lehrlingswesens*. Auch über diesen Punkt lehnten die Unternehmervertreter bei den Verhandlungen

vom 15. September und 7. Dezember 1911 jede Beratung ab. Erst bei den Verhandlungen vom 10. und 11. Januar 1912 kam es zur Aussprache über diese Position, wobei die Unternehmer jede Verbesserung der Lehrlingskala für Steindrucker glatt zurückwiesen. Nur für Lithographen wollten sie von der zweiten Staffel ab eine Verbesserung anerkennen. Erst durch das weitere Ausharren im Kampfe konnte bei den Abschlußverhandlungen vom 23. bis 27. Januar auch für Steindrucker eine *wesentliche Verbesserung durchgesetzt werden*, sodaß in Zukunft statt auf 1 bis 3 Steindrucker resp. 1 bis 4 Lithographengehilfen erst auf 1 bis 4 Steindrucker bzw. 1 bis 5 Lithographengehilfen immer je 1 Lehrling gehalten werden darf; nur in der untersten Staffel bleibt die bisherige Gehilfenzahl unverändert. Wie die Mindestloohnerhöhung, so wird auch diese Verbesserung der Lehrlingskala ihre volle, segensreiche Bedeutung für die Gesundheit des Gewerbes erst in Zukunft erweisen.

In allen hier behandelten Positionen ist es also der Gehilfenschaft durch das entschlossene Ausharren im Kampfe gelungen, den hartnäckigen zähen Widerstand der Unternehmer gegen jede Verbesserung zu brechen. Freilich gelang es der Gehilfenschaft nicht, *alle ihre berechtigten Forderungen* restlos durchzusetzen. Aber gerade die *geschilderte Überwindung des zähesten Widerstandes der Unternehmer* durch den Kampf läßt dessen Bedeutung und die Bedeutung einer festgefügtten Organisation, die den Kampf und die Überwindung des hartnäckigsten Widerstandes erst ermöglichte, für jeden Einsichtigen klar in Erscheinung treten. Ähnliche Widerstände wie bei den hier behandelten wichtigsten Positionen mußten auch bei den übrigen Punkten überwunden werden, deren Behandlung einem Schlußartikel vorbehalten bleiben möge.

### Steuereinschätzung und Streikunterstützung.

Lohnbewegungen sind stets mit Lohnverlust für die Streikenden oder Ausgesperrten verbunden. Hat der Streik lange gedauert, so kann der Verdienstausschlag unter Umständen Einfluß auf die Einschätzung zur Einkommensteuer haben und es ist bei der viermonatlichen Dauer unserer Bewegung erklärlich, daß die Frage aufgeworfen wird, ob der gesamte Verdienstausschlag vom Jahreseinkommen abgezogen werden kann, oder ob die vom Verband erhaltene Streikunterstützung dem Einkommen zuzuzählen ist.

Ganz allgemein läßt sich die Frage nicht beantworten, weil die Einkommensteuer nicht auf Grund eines Reichtumsgegesetzes erhoben wird. Jeder Bundesstaat hat sein besonderes Einkommensteuergesetz und daraus ergibt sich, daß in jedem Staate die Antwort anders lauten kann. Es liegt uns z. Zt. nur das preußische Einkommensteuergesetz vor, dessen Wortlaut nur den Schluß zuläßt, daß die Streikunterstützung *nicht* zu dem steuerpflichtigen Einkommen gehört. In Betracht kommt § 6. Dieser bestimmt, daß als steuerpflichtiges Einkommen die gesamten Jahreseinkünfte in Geld und Geldwert anzusehen sind, soweit sie gewonnen werden aus: 1. Kapitalvermögen 2. Grundvermögen, Pachtungen und Mieten, einschließlich des Mietswertes der Wohnung im eigenen Hause. 3. Handel und Gewerbe, einschließlich des Bergbaues. 4. gewinnbringender Beschäftigung, sowie aus Rechten auf periodische Hebungen und Vorteile irgendwelcher Art, soweit diese Einkünfte nicht schon unter Nr. 1—3 begriffen sind.

Da wir uns hier nur mit der Streikunterstützung zu beschäftigen haben, scheidet die Nrn. 1—3 ohne weiteres aus. In Betracht kommt nur, ob die Streikunterstützung von der Nr. 4 mit erfaßt wird. Hier kommt zunächst die »gewinnbringende Beschäftigung« nicht in Frage, denn zu den gewinnbringenden Beschäftigungen im Sinne des § 6 Nr. 4 gehört das Streiken selbst in den Fällen nicht, wo der Streik für die Beteiligten handgreifliche Vorteile und somit einen Gewinn gebracht hat. Zu Zweifeln kann nur die weitere Bestimmung Anlaß geben: »Rechte auf periodische Hebungen und Vorteile irgendwelcher Art.« Diese Bestimmung scheint auf den ersten Blick so dehnbar zu sein, daß alle nur möglichen Einkünfte irgendwelcher Art davon getroffen werden und daß folglich auch die Streikunterstützung, zumal sie periodisch gezahlt wird, darunter fällt. Das wäre jedoch ein Irrtum. Das Gewicht ist auf die Worte »aus Rechten« zu legen. Es muß also ein Rechtsanspruch auf die Unterstützungen vorliegen, wenn sie zum steuerpflichtigen Einkommen gehören sollen. Ein solcher Rechtsanspruch besteht aber



nicht. Nach den Bestimmungen unseres Verbandsstatuts sind die Unterstützungen freiwillig, kein Mitglied hat einen klagbaren Anspruch und somit kein »Recht« im Sinne des Gesetzes. Ein Anspruch »aus Rechten« kommt also gar nicht in Betracht.

Daß diese Auffassung richtig ist, geht aus einer Entscheidung des preussischen Oberverwaltungsgerichts vom 3. November 1899 hervor, worin betont wird, daß zwei positive Momente erforderlich sind, um ein Einkommen aus einem Rechte auf periodische Hebungen als vorhanden annehmen zu können, nämlich ein besonderer Rechtsanspruch und die periodische Wiederkehr des Bezugs. Es steht demnach ganz außer Zweifel, daß Streikunterstützungen bei der Berechnung des Jahreseinkommens bei der Veranlagung zur Einkommensteuer in Preußen nicht angedehnet zu werden brauchen.

Dies gilt natürlich nicht von der Streikunterstützung allein, sondern von allen Unterstützungen, die unser Verband gewährt, da auf keine von ihnen ein Rechtsanspruch besteht.

Noch ein paar Worte dazu, was unter »periodischen Hebungen« zu verstehen ist. Darunter sollen nicht alle Einkünfte schon deshalb fallen, weil sie für bestimmte Zeitabschnitte zur Auszahlung gelangen, sondern es sollen nach dem Artikel 23b der Ausführungs-Anweisung des preussischen Finanzministers nur die Einnahmen aus der Unfall-, Alters- und Invaliden-Versicherung sowie Alters- und andere Rentenbezüge getroffen werden. Der Minister führt demnach auch die Krankengelder nicht unter den steuerpflichtigen Bezügen auf, es brauchen demnach alle Krankengelder überzue und zwar auch die, auf die ein Rechtsanspruch besteht, dem steuerpflichtigen Einkommen nicht anzurechnen zu werden.

hm.

## Ortsberichte.

**Dessau.** Am 24. Januar fand unsere Generalversammlung statt, die einen guten Besuch aufwies. Bei der Erstattung des Jahresberichtes hob der Vorsitzende hervor, daß zufolge der gewerblichen Vertretung am Orte und dem Organisationsverhältnis Erfolge nach außen hin im verflossenen Jahre nicht verzeichnet werden können. Um so mehr ließ es sich die Verwaltung angelegen sein, durch belehrende Vorträge verschiedener Art und sonstige Veranstaltungen den inneren Ausbau der Organisation zu pflegen und zu fördern. Insgesamt fanden im Jahre 26 Zusammenkünfte statt, die sich wieder verteilen auf 10 Monatsversammlungen, 1 Generalversammlung, 1 außerordentliche Mitgliederversammlung, 11 Vorstandssitzungen und 3 Werkstabenversammlungen. Von den regelmäßigen Monatsversammlungen waren sechs mit Vorträgen ausgestattet, die vorwiegend die Arbeiterschutzgesetzgebung sowie gewerkschaftliche Fragen behandelten; die übrigen führten uns in das philosophisch-wissenschaftliche Gebiet ein. Referenten waren hiesige Genossen sowie auswärtige Kollegen. An sonstigen Veranstaltungen bot uns die Besichtigung einer Plakatausstellung namhafter Künstler in der hiesigen Kunsthalle ein anschauliches Bild von der modernen künstlerischen Reklame. Der Geselligkeit und Kollegialität im besonderen diente weiter ein Zahlstellenausflug nach Halle. Der Besuch der Versammlungen war durchweg gut; er umfaßte durchschnittlich zwei Drittel der Kollegschaft. Der Bericht wurde von der Versammlung beifällig und im zustimmenden Sinne aufgenommen. Hierauf fanden einige Anträge rein lokaler Natur ihre Erledigung. Die Wahlen zum Vorstände ergaben die Wiederwahl der alten Gesamtverwaltung. Mit einem Hinweis auf das siegreiche Vordringen der Arbeiterschaft auf politischem Gebiete und der Aufforderung, durch rege Mitarbeit beim Ausbau der gewerkschaftlichen Organisationen auch auf immer größere wirtschaftliche Macht bedacht zu sein, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

**Freiburg i. Schl.** Bei uns wurde die Verkündung des Friedens sehr pessimistisch aufgenommen. Alle Kollegen hatten einen anderen Abschluß erwartet. Man verstand nicht, weshalb der Kampf so plötzlich abgebrochen wurde. — Die Einstellung der Ausgesperrten läßt zu wünschen übrig. Von 19 Kollegen konnten bis zum 5. Februar erst 14 die Arbeit wieder aufnehmen. Der Chef versicherte, daß alle wieder eingestellt werden.

**Halle a. S.** In der Versammlung der Ausgesperrten vom 1. Februar wurde der Bericht über die getroffenen Vereinbarungen gegeben, der mit großer Enttäuschung entgegengenommen wurde. Hatten doch alle Kollegen standgehalten, obwohl die Versuche der Unternehmer, einzelne Kollegen um ihre Arbeiterehre zu bringen, verlockend genug waren. So wurde zwei Kollegen nach 8wöchentlicher Dauer des Kampfes der Ersatz des Lohnverlustes für diese Zeit angeboten und auch der fernere Schutz in dem Kontrakt zugesichert, der abgeschlossen werden sollte. Aber alles war vergebens. Wenn nun auch das Erreichte weit hinter den Erwartungen zurück blieb, so haben die Kollegen doch erwartet, daß die Vereinbarungen von den beiden Schutzverbandsfirmen C. Warnecke und M. Jovishoff wenigstens eingehalten werden würden. Aber jetzt brachten diese Firmen erst ihren Machtkitzel zum Ausdruck. Die Verhand-

lungen mit Kommissionen lehnten sie rundweg ab mit der Begründung, sie hätten vom Schutzverbande keine dahingehende Information erhalten. Hoffentlich ist aber auch die Information von der Zentrale ausgeblieben, daß Maßregelungen vorgenommen werden können. Die Firma C. Warnecke ist bei der Weigerung, eine Kommission zu empfangen, geblieben und stellte anläßlich des Verlangens, daß sich die Kollegen einzeln zur Verfügung stellen sollten. Nach langem Hin und Her gewährte man dem Ortsvorsitzenden eine Unterredung, die aber auch zu keinem Resultat führte. Da aber am 4. Februar die Einstellungsfrist abließ und wir den Firmen keine Gelegenheit geben wollten, die Nichteinhaltung der Vereinbarungen unsererseits zu behaupten, so nahmen denn am 3. Februar von 32 Ausgesperrten 10 die Arbeit wieder auf, bei Warnecke 7, bei Jovishoff 3. Die anderen sollen noch ein Weilchen ausruhen, denn C. Warnecke sucht im »Allg. Anz.« Ersatz durch NV. Wir haben gegen dieses Verhalten Protest beim Schutzverbande eingelegt, mit welchem Erfolge, bleibt abzuwarten. Der Vorgang zeigt, daß die Unternehmer schon wieder anfangen, Zündstoff im Gewerbe anzusammeln. Und dann stellen sie sich noch verwundert, wenn er zur Entladung drängt.

**Mannheim.** In der Generalversammlung vom 3. Februar erstattete Kollege Wüstner-Karlsruhe Bericht über den Verlauf und Abschluß der Bewegung. Da der Kampf mit so großen Hoffnungen begonnen war, wurde man durch das erzielte Resultat bitter enttäuscht. Die Unterzeichnung des Minimallohnes z. B. wurde für unsere Zahlstelle direkt als Rückschritt bezeichnet und viel auf die geringe Fühlung unseres Gaues mit unserm Platze zurückgeführt, sodaß unserm Hauptvorstande die wirklichen Verhältnisse am Orte unbekannt blieben. Im übrigen wurde anerkannt, daß unsere Vertreter ihre besten Kräfte hergaben, um einen Erfolg zu erringen und mit dem Ergebnis nach der ganzen Sachlage wirklich das erreicht haben, was zu erreichen war. Es wurde aufgefodert, dieses als Ansporn dienen zu lassen, sich nur noch enger der Organisation anzuschließen und iätig mitzuwirken an ihrem festen Gefüge durch Pflichttreue, Solidarität und innere Überzeugung, damit in Zukunft bessere Resultate erzielt werden können. — Die ausgesperrt gewesenen Kollegen sind, soweit sie nicht schon früher abgereist waren, alle wieder eingestellt worden.

**Meißen.** In unserer Generalversammlung vom 3. Februar gab zunächst der Kassierer einen kurzen Überblick über die Kassenverhältnisse des vergangenen Jahres, wobei u. a. auch der Einnahmeausfall, der durch die Beitragsreste entstand, gekennzeichnet wurde. Da sich jedoch die Zahl der restierenden Wochenbeiträge gegenüber dem Vorjahre verringert hat, ist zu hoffen, daß die Zahl der Reste im laufenden Jahre eine weitere Reduzierung erfahren möge. Pünktliches Beitragszahlen soll jedes Kollegen erste Pflicht sein. Der Vorsitzende betonte in seinem Jahresberichte, daß das verflossene Jahr überaus bewegt war. Neben dem großen Kampf erwähnte er die Bewegungen am Ort, die zum Teil auch Erfolge zeitigten. Des Weiteren kritisierte er das Verhalten einer Anzahl Kollegen, die ihr Erscheinen wohl bei dieser wichtigen Hauptversammlung, sonst aber leider garnicht für nötig hielten. Auch hierin ist eine Besserung unbedingt notwendig, da doch die Ortsverwaltung auch immer bestrebt ist, die Monatsversammlungen interessant und lehrreich zu gestalten. Vom Vorsitzenden der Lehrlingskommission wurde bekannt gegeben, daß die mannigfachen Veranstaltungen in der Lehrlings-Abteilung fast durchweg einen guten Besuch aufzuweisen hatten. Soll es doch eine unserer vornehmsten Aufgaben sein, unsere Jugend durch Belehrung und Bildung auf allen Gebieten zu tüchtigen Kämpfern für unsere gute Sache zu erziehen. Nach den Vorstandswahlen nahm die Versammlung Stellung zu dem Friedensschluß im Gewerbe. Im allgemeinen wurde erklärt, daß das Endergebnis des langen Kampfes mit den enormen Opfern, die gebracht wurden, keinesfalls in Einklang zu bringen ist. Einzelne Redner kritisierten auch die späte Bekanntgabe der Beendigung des Kampfes durch die »Gr.Pr.«, da die Tageszeitungen bereits früher darüber berichteten. Man hatte zum Mindesten die sofortige Nachricht zum Schluß der Verhandlungen erwartet. (Anmerk. d. Red.: Unser Blatt ist keine Tageszeitung. Die Verhandlungen endeten spät am 27. Januar, also Sonnabends; am Sonntag wurde der Bericht geschrieben, die ihn enthaltende Extra-nummer 4b wurde am Montag gesetzt und umbrochen, am Dienstag gedruckt und versandt. Schneller ließ sich's also wirklich nicht machen. Das sollte sich jeder Kollege schließlich selbst ausrechnen können.) Die gutbesuchte Versammlung wünschte einen mündlichen Bericht, wenn möglich durch den Gauleiter, über die Vereinbarungen mit dem Schutzverbande. Die hiesige Kollegschaft wird sich demnach noch in der nächsten Mitgliederversammlung damit beschäftigen.

**Niedersedlitz.** Trotzdem hier der Friedensschluß gebilligt wurde, waren doch alle Kollegen enttäuscht von dem mageren Abschluß, für den man allgemein die Streikbrecher und Umgefallenen aus den eigenen Reihen verantwortlich macht. — In der Akt.-Ges. für Kunstdruck und in der Firma Groß

& Reuter wurden alle Ausgesperrten sofort wieder eingestellt. In der Firma Enterlein sind dagegen erst 2 Kollegen bis zum 3. Februar wieder eingestellt worden.

**Offenbach a. M.** Unsrer Versammlung, in der über den Abschluß des Kampfes berichtet wurde, verlief ruhig. Obwohl man mit dem Abschluß nicht einverstanden war, fand man sich damit ab. Scharf kritisiert wurde, daß unsere Vertreter die Abmachungen unterschrieben haben, ohne vorher die Kollegen darüber zu hören. Ebenso wurde scharf getadelt, daß bei der Regelung der Arbeitswiederaufnahme und den dazu notwendigen Verhandlungen der kämpfenden Gehilfen mit ihren Firmen die Ortsverwaltungen ausgeschaltet worden sind. — Bis zum 3. Februar waren 10 der hiesigen streikenden Kollegen noch nicht wieder eingestellt.

**Schwabach.** Hier erstattete Kollege Rieff-Fürth am 29. Januar Bericht über den Abschluß der Bewegung, der ruhig entgegengenommen wurde. Die Versammlung bedauerte den Rückzug der Hilfsarbeiter vor Weihnachten und schlußfolgerte daraus, daß in absehbarer Zeit eine Verschmelzung in die Wege geleitet werden müsse. — Da schon vor dem Beginn des Kampfes der Geschäftsgang in der hiesigen Firma Meerwald & Toberer schlecht war, sodaß schon damals mit Entlassungen gerechnet wurde, war man darauf gefaßt, daß nur ein Teil der Kollegen wieder eingestellt werden würde. Diese Vermutung hat sich bestätigt. Von den 22 Ausgesperrten konnten bis jetzt nur 13 wieder eingestellt werden.

**Stolberg (Rhld.).** Am 3. Februar fand unsere erste diesjährige Versammlung statt. Der Vorsitzende konstatierte mit Genugtuung, daß alle Kollegen ohne Ausnahme die vom Hauptvorstande angeregte Weihnachts- und Neujahrssammlung für die kämpfenden Kollegen voll und ganz gezeichnet haben. Ferner beschäftigt sich die Versammlung mit dem Ergebnis des Kampfes und beschloß einstimmig folgende Resolution: »Die am 3. Februar tagende Versammlung der Lithographen und Stein-drucker Stolbergs hat Kenntnis genommen von dem Abschluß des Streiks und der Aussperrung. Wenn auch nicht das erreicht wurde, was wir wünschten, so erkennen die Kollegen doch an, daß der Hauptvorstand sein möglichstes getan hat. Die Versammlung spricht den am Kampfe beteiligt gewesenen Kollegen für das tapfere und einmütige Verhalten ihre vollste Sympathie aus.« Der Vorsitzende ermahnte die Kollegen nochmals zum treuen Zusammenhalten in der Organisation, worauf nach Erledigung verschiedener Punkte die gutbesuchte, angeregte Versammlung geschlossen wurde.

## Der Lithograph.

Teil für die Interessen der Lithographen, Kartographen, graphischen Zeichner u. Maler. Redigiert von Fr. Schnetter, Hannover.

## Judasnaturen.

1.  
Eine abstoßende Erscheinung in dem jetzt beendigten großen Kampfe gegen das organisierte Unternehmertum im deutschen Lithographiegewerbe veranlaßt uns, auf einen Artikel zurückzukommen, den wir hier unter der Überschrift »Ein Hotter geschmackvoller Entwerfer« in der Nummer 22 der Graphischen Presse vom vorigen Jahre gebracht haben.

Wir wandten uns in jenem Artikel gegen das schamlose Treiben der Freibeuter in unserm Gewerbe, der Freibeuter unter den Unternehmern sowohl als auch der unter den Arbeitern. Besonders scharf geißelten wir jene Auchkollegen in unserm Berufe, die sich auf Kosten ihrer kämpfenden Arbeitsgenossen zu bereichern suchen, deren ganzes Streben dahingeht, sich durch den Verrat ihrer Klassengenossen die Gunst des Unternehmertums zu erwerben.

Es ist gewiß keine angenehme Sache, sich mit diesen traurigen Gestalten unter uns Arbeitern zu befassen, die sich um einiger schöner Sonder-vorteile willen dem Unternehmertum gegenüber gänzlich entmannt haben. Es würde uns auch gar nicht einfallen, dieses Kapitel hier wieder anzuschneiden, wenn es diese Leute in der letzten Zeit nicht gar zu toll getrieben, wenn sie unsre kämpfenden Kollegen nicht zu sehr mit Schmutz beworfen hätten.

Wir haben schon oft hier nachgewiesen, daß man es in jenen erbärmlichen Wichten meist mit großen Beruissstümpfern zu tun hat und zwar mit solchen, die ihren Mangel an Berufstüchtigkeit dadurch auszugleichen suchen, daß sie den Unternehmern andere Eigenschaften und Fähigkeiten anpreisen, die diesen sehr genehm sind. Sie betonen in ihren Stellengesuchen stets mit großem Nachdruck,



daß sie bereit seien, jedem Unternehmer in der Ausbeutung der Arbeiter Zuhälterdienste zu leisten. Dieses Vorgehen finden diese Unnaturnen eben viel bequemer und nutzbringender, als sich mit Hilfe der Gewerkschaft die nötigen Berufskennntnisse anzueignen.

Es ist wahrlich nicht zu weit gegangen, wenn man hier den Ausdruck *Unnaturnen* gebraucht. Es ist doch tatsächlich widernatürlich, wenn sich ein Arbeiter von den Unternehmern als Werkzeug in der Ausbeutung seiner Klassengenossen gebrauchen läßt. Niemand wird behaupten können, daß eine solche Tätigkeit der Ausfluß natürlicher Moralgrundsätze sei. Jedenfalls steht so viel fest, daß der, der sich zu solchen Handlangerdiensten bereit er-klärt, von allem Ehrgefühl entblößt sein muß.

Was für Geistesgrößen diese Verräternaturen sind, das kommt schon in der Art und Weise zum Ausdruck, wie sie den Unternehmern ihre Helfersdienste anpreisen. Obgleich sie fast durchweg große Nichtskönner sind, spielen sie sich doch in der Regel unter großen Aufschreidereien gewissermaßen als *Alleskönner* auf. Auf diese Tatsache machten wir in jenem erwähnten Artikel besonders aufmerksam. Wir wiesen dabei zur Erhärtung des Gesagten auf eine Annonce im *Klimschen Anzeiger* hin, in der sich ein sogenannter Oberlithograph, Marke N.-V., als *Antreiber* empfahl. Eine Unmenge Fachkenntnisse zählte dieser »Kunstrat« auf, die ihm eigen seien. Unter andern bezeichnete sich dieser Held auch als »flotter geschmackvoller Entwerfer«. Wir setzten auseinander, was von solcher Anpreisung zu halten sei, und forderten unsere Kollegen auf, im eignen Interesse aufzumerken, wo dieser Judas als Helfer des Unternehmertums auftaucht. Wir sagten, daß unsere Kollegen dort, wo sie mit solchen Elementen geschäftlich in Berührung kommen, gut täten, wenn sie diesen gegenüber stets ein streng passives Verhalten beobachteten. Ein solches Verhalten sei das beste Mittel, diese Leute unmöglich zu machen und sich vor ihren Tücken zu schützen. Sei ein solcher Judas gezwungen, sich in allen geschäftlichen Angelegenheiten und Tätigkeiten nur auf sein eignes Wissen und seine eignen Erfahrungen zu stützen, dann sei er gar bald geliefert, als Aufpasser und Antreiber sowohl als auch als *Fahmann*.

Wie gut wir beraten waren, als wir dieses Urteil fällten, das zeigt die Wirkung, die es ausgeübt hat.

In der gegenwärtigen Bewegung ist das schamlose Gebaren dieser Helfersleute der Unternehmer besonders auffällig in Erscheinung getreten. Die ganze Art und Weise, wie besonders einige dieser Elemente dem schutzverbänderlichen Unternehmertum in der Unterdrückung der kämpfenden Kollegenschaft beizustehen suchten, ist für jeden ein klarer Beweis, daß wir damals bei der Kennzeichnung und Beurteilung dieser Leute streng bei der Wahrheit geblieben sind, daß wir in unsern Ausdrücken diesen »Auchkollegen« gegenüber tatsächlich in keiner Hinsicht das Maß des Berechtigten überschritten haben.

Brachten es doch sogar verschiedene dieser entarteten Berufsgenossen fertig, das Blatt der organisierten Steindruckunternehmer, das Deutsche Steindruckgewerbe, mit aufhetzenden Zuschriften zu bedenken. Dies ist eine Erscheinung, die in der Arbeiterbewegung bisher fast unbekannt war. Es war daher auch ganz selbstverständlich, daß dieses Blatt diese Zuschriften sofort mit schmatzendem Behagen als »Stimmen aus Gehilfenkreisen zur gegenwärtigen Bewegung« abdruckte.

Auch von einem Leipziger Gehilfen brachte das Steindruckgewerbe eine Zuschrift. Dieser »Leipziger Gehilfe« scheint mit jenem »flotten, geschmackvollen Entwerfer«, dessen Stellengesuch im *Klimschen Anzeiger* wir damals in unserm besagten Artikel kritisierten, identisch zu sein, denn sein ganzes Schreiben trägt den Stempel des Gegenstoßes gegen unsern Artikel.

Wir halten es für angebracht, auf jenes Geseire etwas näher einzugehen, weil es auch so recht kennzeichnend dafür ist, wie sehr diese Helfer des Unternehmertums in ihren Schmähreden die Wahrheit vergewaltigen.

## Aus den Sektionen.

**Hirschberg I. Schl.** Vor Stellungnahme in Schmiedeburg i. Rsgb. ersuchen wir die Lithographenkollegen, nicht zu vergessen, Auskunft bei der Hirschberger Ortsverwaltung einzuholen.

## Der Steindrucker.

Teil für die Interessen der Stein-, Zink-, Aluminium- und Notendrucker.

### Eine Statistik über die Lage des Steindruckerei - Hilfspersonals.

Vor kurzem veröffentlichte der Zentralvorstand des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen das Resultat einer statistischen Erhebung über Betriebs-, Organisations- und Tarifverhältnisse, sowie über Arbeitszeit und Entlohnung des Hilfspersonals in Buch- und Steindruckereien. Auf zirka 100 Druckseiten im Quartformat gibt die Veröffentlichung einen umfangreichen, aber auch übersichtlich geordneten Einblick in die wirtschaftliche Lage der in Frage kommenden Berufsgruppen und zeigt durch die Zahl der abgedruckten Tarife die Tätigkeit der Verbandsinstanzen. Die Statistik, die sich über ganz Deutschland erstreckt, wurde im vorigen Jahre aufgenommen und diente als Unterlage bei den letzten Tarifberatungen im Buchdruckfach. Uns interessieren hauptsächlich die Angaben über die Verhältnisse des Steindruckpersonals, denen wir im Nachstehenden einige Betrachtungen widmen wollen, doch zuvor möchten wir etwas Prinzipielles bemerken.

Es ist bekannt, daß eine Statistik, ganz gleich um welche es sich handelt, nicht im entferntesten die Mühe und Sorgfalt zu erkennen gibt, die sie verursacht hat. Von allen Arbeiten, die ein Verbandsfunktionär verrichten muß, ist das Anfertigen von Statistiken diejenige, die wohl am meisten Zeit kostet und doch am wenigsten in Erscheinung tritt. Infolge dieses Umstandes wird leider allgemein den statistischen Erhebungen von der organisierten Arbeiterschaft viel zu wenig Beachtung entgegengebracht. Darüber klagen alle Gewerkschaften. Auch in dem Vorwort der vorliegenden Bekanntgabe heißt es: »Es herrscht immer noch unter einem großen Teil der Kollegenschaft und bedauerlicherweise auch bei manchem unserer Funktionäre eine Gleichgültigkeit, ja sogar eine gewisse Animosität gegenüber solchen notwendigen Organisationsarbeiten, welche deren Ausführung ungemein erschwert.« Und doch baut sich die Tätigkeit der örtlichen und zentralen Verbandsleitungen immer mehr auf die Verwendung von Zahlenmaterial auf. Die Pflege der Berufsstatistik ist heute zur bedingungslosen Voraussetzung aller gewerkschaftlichen Arbeiten geworden. Ein Arbeitervertreter z. B., der in einer Verhandlung mit dem Unternehmer seine Ausführungen und Argumente nicht durch Zahlen erhärten kann, gerät leicht ins Hintertreffen, selbst wenn er alle guten Gründe auf seiner Seite hat; er ist dann ein Soldat, der ohne Pulver ins Feld zog. Deshalb sollte jeder Einzelne beim Ausfüllen statistischer Fragebogen, die sicherlich doch nur kleinen Opfer an Zeit und Arbeit bringen und auf prompte und korrekte Angaben bedacht sein. Das gilt auch für viele von unseren Kollegen.

Die statistischen Angaben über das Steindruckhilfspersonal erstrecken sich über 59 Druckorte mit 305 Druckereien, in denen 2401 weibliche und 6281 männliche Beschäftigte gezählt wurden. Natürlich ist die Zahl der vorhandenen Druckereien wie auch die des in ihnen beschäftigten Hilfspersonals weit größer; aber die Angaben konnten naturgemäß nur da aufgenommen werden, wo die Organisation Verbindung hatte; das Buchdruckfach ist in dieser Hinsicht viel besser vertreten. In 15 Städten bestehen für insgesamt 119 Druckereien mit 913 weiblichen und 1863 männlichen Personen Tarife. Der größte Teil der Befragten arbeitet also ohne ein tarifliches Verhältnis. Von den Betrieben, die den Tarif anerkannt haben, sind nur 42 reine Steindruckereien; die übrigen sind gemischte Betriebe. In 6 von den 15 Tarifstädten ist die Zahl der tariffreien Druckereien größer als die der nicht tariffreien.

Der Umstand, daß die Statistik das Material für die Verhandlungen über Lohn- und Arbeitspositionen im Buchdruckfach bringen sollte, brachte es mit sich, daß die für den Nichteingeweihten wichtige Aufklärung über den Stand des allgemeinen Tarifverhältnisses im Steindruckfach etwas zu kurz ausgefallen ist. Wir vermessen die Bemerkung darüber, ob es sich in den einzelnen Städten um Orts- oder Betriebstarife handelt. Und noch eine andere Frage drängt sich in den Vordergrund, nämlich die: wie ist der Einfluß des Tarifes auf die Arbeitsbedingungen der nicht tariffreien Firmen am Orte? Vielleicht hätten sich diese zwei Punkte bei der Zusammenstellung des gesamten Resultates leicht berücksichtigen lassen. Trotzdem wird der Wert der Statistik durch sie nicht wesentlich beeinträchtigt.

Bei den Angaben über die Arbeitszeit fällt es auf, daß noch eine stattliche Anzahl von Personen über die auch für das Hilfspersonal allgemein übliche Arbeitszeit von wöchentlich 54 Stunden hinaus arbeitet, und zwar sind 37 Betriebe mit 311 weiblichen und 932 männlichen Personen genannt. Allerdings kommt dabei in Betracht, daß das Hilfspersonal in 35 von allen befragten Firmen  $\frac{1}{4}$  Stunde

täglich länger arbeitet wie die Drucker. Es wurde hierbei nicht angegeben, wie hoch die wöchentliche Arbeitszeit der Gehilfen ist.

Die zweifellos bestgestellte Gruppe unter den Steindruckhilfsarbeitern sind die Schleifer. Bei ihnen, die ja auch viel mehr auf einen festen Beruf angewiesen sind wie ein großer Teil der Arbeiterinnen, hat der Organisationsgedanke am besten Aufnahme gefunden. 84 Prozent von ihnen gehören der Organisation an. Bei ihnen finden wir die höchste Dauer der Berufszugehörigkeit. Auch sind ihre Löhne höher wie die der übrigen Gruppen. Manche Schleifer werden besser als viele unserer verheirateten Steindruckerkollegen bezahlt. Der höchste Durchschnittslohn für Schleifer ist in München mit 27,18 Mk.; dann folgt Mannheim-Ludwigshafen mit 27, Mk. Berlin mit 26,81 Mk. steht an dritter Stelle. 25,40 bis 24, - Mk. werden in Bremen, Hamburg, Kiel, Erfurt, Augsburg, Stuttgart und Leipzig gezahlt. Den niedrigsten Durchschnittslohn hat Schwerin mit 13, Mk. Infolge der Zusammenstellung kann den Durchschnittslöhnen nicht die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit an die Seite gestellt werden, was sicherlich von Interesse gewesen wäre.

Zu einem Vergleich mit den gleichen Berufsgruppen im Buchdruckfach fordern die Arbeitsbedingungen der Steindruck-Anlegerinnen und -Bogenfängerinnen heraus. Dabei muß zunächst festgestellt werden, daß bei ihnen das Organisationsverhältnis nicht so gut ist, wie bei den Schleifern. Auch ihre Kolleginnen an den Buchdruckmaschinen haben ihre Lage weit besser begriffen und haben sich demzufolge ihrer Berufsorganisation in einem stärkeren Verhältnis angeschlossen. Bezüglich der Berufszugehörigkeit scheint es — wir haben aus den vielen Zahlenpositionen nur einige als Stichproben herausgegriffen —, als wenn im Buchdruck eine höhere Dauer zu verzeichnen wäre. Auch dort die Durchschnittslöhne höher wie in den Betrieben unserer Branchen. Der Unterschied beläuft sich in einzelnen Städten bis zu 3 Mk. pro Woche. In den Steindruckereien beträgt der höchste Durchschnittslohn für Anlegerinnen bzw. Bogenfängerinnen: Berlin 15,91 Mk.; 13,56 Mk., Hamburg 14,02 Mk.; 11,09 Mk., Kiel 15, - Mk.; (fehlt), München 13,41 Mk.; 11,52 Mk., Frankfurt a. M. 13,32 Mk.; 10,67 Mk.

Sodann folgen eine ganze Reihe von kleineren Berufsgruppen wie Farbenreiber beiderlei Geschlechts, Saalarbeiter und Saalarbeiterinnen, Gold- und Auflegerinnen usw., deren Positionen wir von unserer Erörterung ausschließen, weil sie ja doch mehr für den Fachkollegen Interesse haben. Nur eins müssen wir noch hervorheben: von 4 Städten — Berlin, Stuttgart, Plauen i. V. und Stertin — sind männliche Anleger gemeldet, leider ohne jeglichen Nebenvermerk. Es wäre gewiß bemerkenswert zu erfahren, welchem besonderen Umstand diese Arbeiter ihren Beruf verdanken. Wir haben früher schon einmal der Meinung Ausdruck gegeben, daß bei großen Formaten das Anlegen für weibliche Personen viel zu schwierig sei. Besonders aber im Hinblick auf die immer mehr in die Höhe gehende Auflagenziffer und die damit verbundene Arbeitsintensität halten wir auch heute noch an dieser Meinung fest. Im Interesse der allgemeinen Volksgesundheit wäre es sehr zu begrüßen, wenn Frauen und Mädchen von den ihrer Gesundheit höchst unzutraglichen Arbeitsposten entfernt würden. Allerdings ist und bleibt dieses nur ein frommer Wunsch. Die Anleger verlangen nämlich etwas mehr Lohn wie ihre weiblichen Kollegen und da liegt für unsere Unternehmer der Hase im Pfeffer!

Sicherlich ist die Statistik dazu angetan, den Funktionären des Hilfsarbeiterverbandes mannde Waffen zu liefern. Und auch der nicht zu irgend einem dieser Berufe Gehörende betrachtet ihre Zahlen mit vielem Interesse. Wir wünschen, daß wir bald weitere Wiederholungen in die Hände bekommen, an denen wir das Umsichgreifen und das Ausbauen der Gewerkschaftsarbeiten studieren können.

## Photogr. Mitarbeiter.

Teil für die Interessen der Porträt-Photographen. Zentralarbeitsnachweis: W. Hänlein, Berlin N. 28, Anklamerstr. 27, 1. — Telefon: Amt Norden, 5246.

## Aus den Sektionen.

**München (Photogr. und Lichtdr.).** Am 26. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Nach dem Vorstandsbericht hatten wir 1911 einen Zuwachs von 8 Mitgliedern. Es wurden 12 Versammlungen mit 2 Referaten und 13 Ausschußsitzungen abgehalten. Krank waren 5 Kollegen 14 Wochen, arbeitslos 13 Kollegen 81 Wochen. Der Vorsitzende machte noch einige Ausführungen über unsere Pläne für das neue Jahr und gab der Hoffnung Ausdruck, daß wir dieses Jahr mehr Mitglieder gewinnen und auch für die Porträtphotographie günstigere Lohn- und Arbeitsverhältnisse erringen werden. Nach der Wiederwahl des alten Vorstandes wurde die Versammlung geschlossen.





# Feuilleton.

## Seid einig!

Der Weg führt aufwärts! Fest die Hand am Steuer!  
 Ob auch ein Schwächling matt und zweifelnd fiel,  
 Denn weiter gehts, mit stets verstärkter neuer  
 Und froher Kraft zu dem erhofften Ziel.  
 Doch bricht die letzte Herrenmacht in Scherben,  
 Wo es nur Menschen gibt und keinen Knecht.  
 Stirbt erst die Demut, wird Gewalt auch sterben,  
 Seid selber frei! Und frei wird euer Recht!

Drum haltet ferner Treue dem Verbande  
 Und sag!s die Toren, die nicht mit uns geh'n,  
 Daß sie mit ihrem blinden Unverstande  
 Den Weg der Rettung und das Ziel nicht seh'n!  
 Der Letzte muß dem Ganzen sich verbünden,  
 Und jeder stehe freudig auf der Wacht,  
 Um überall das Lösungswort zu künden:  
 Die Einigkeit ist unsre Siegesmacht!

## Radioaktivität.

Vor etwa 10 Jahren wurde jenes außerordentlich seltene mit so ganz sonderbaren Eigenschaften ausgestattete Element entdeckt, das den heute fast im Munde aller Welt befindlichen Namen Radium bekam.

Ein französischer Naturforscher namens Henri Berquerel hatte kurz nach Entdeckung der Röntgenstrahlen durch Versuche festgestellt, daß alle Uransalze — chemische Verbindungen des seltenen Metalles Uran mit sogenannten Alkalien, die die Eigenschaft besitzen, nach einer Belichtung noch einige Zeit im Dunkeln nachzuleuchten oder, wie man sich darüber wissenschaftlich ausdrückt, zu phosphoreszieren — auf die photographische Platte ganz ähnlich wirken wie die Röntgenstrahlen. Wenn er also irgend ein Uransalz in schwarzes Papier einwickelte und im Dunklen auf eine photographische Platte legte, so zeigte sich diese nach der Entwicklung an den Stellen, wo sich das Uransalz befunden hatte, geschwärzt. Man nahm zunächst als Ursache dieser Erscheinung Röntgenstrahlen an, die sich bei allen phosphoreszierenden Körpern zeigen, ja ohne diese Phosphoreszenz gar nicht möglich sind. Die photographische Platte schwärzte sich jedoch auch, wenn man anstelle der phosphoreszierenden Uransalze reines Uran oder dessen chemische Verbindung mit Sauerstoff, das Uranoxyd nahm, beides Stoffe, die garnicht phosphoreszieren. Da nun unbedingt feststeht, daß Röntgenstrahlen nur dann entstehen können, wenn Phosphoreszenz vorhanden ist, so konnte man die Röntgenstrahlen nicht als Ursache der Plattenschwärzung ansehen und mußte sie demgemäß wo anders suchen. Man nahm an, daß das Uran und seine Salze eine gewisse rätselhafte Strahlung besäßen, die die Schwärzung der Platte bewirkt. Diese Strahlen nannte man nach ihrem Entdecker Berquerel-Strahlen und die Eigenschaft der Strahlung bezeichnete man als Radioaktivität.

Weitere Versuche mit allen bekannten Elementen, ob sie Radioaktivität besäßen, ergaben das Resultat,

daß nur allein das Thorium diese Eigenschaft neben dem Uran besitzt. Das Thorium ist ebenfalls ein Metall; sein Oxyd ist ein Bestandteil des allbekannten Glühstrumpfes der Auerlampe (Gasglühlicht); mit einem solchen kann man leicht den Versuch der Radioaktivität machen, wenn man ihn in der Dunkelkammer einige Tage auf eine in schwarzes Papier eingeschlagene Trockenplatte legt. Man wird dann nach dem Entwickeln eine deutliche Schwärzung der Platte an der betreffenden Stelle wahrnehmen.

Nachdem diese eigenartige Strahlung bekannt war, kam man zu einer noch viel wichtigeren Entdeckung, nämlich des vorhin erwähnten Radiums. Nicht Berquerel selbst war der Entdecker, sondern das in seinem Laboratorium arbeitende Ehepaar Curie. Diese Forscher beschäftigten sich mit der Prüfung der Uranerzeugung dienenden Erze auf Radioaktivität. Dabei stellte sich die eigentümliche Tatsache heraus, daß einige der in Frage kommenden Mineralien weit stärker radioaktiv waren als das Uran selbst. Namentlich zeigte sich die Eigenschaft in ganz hervorragendem Maße an der sogenannten Joachimsthaler Pechblende. Das ist ein aus einer großen Anzahl von Elementen zusammengesetztes und gemengtes Mineral, das hauptsächlich in Joachimsthal in Böhmen bergmännisch gewonnen wird. Eine genaue chemische Analyse der Pechblende (Zerlegung in die darin enthaltenen Elemente) zeigte, daß vorwiegend das Metall Wismut, welches etwa 1/3 Prozent der Pechblende ausmacht und sonst garnicht radioaktiv ist, starke Radioaktivität aufwies. Letztere war etwa hundertmal stärker als die des Urans. Da nun, wie schon erwähnt, das Wismut sonst garnicht radioaktiv ist, so schloß das Forscherpaar mit Recht, daß in der Pechblende noch ein anderer unbekannter Stoff enthalten sein müsse, der die Radioaktivität verursache. (Schluß folgt.)

## Vom Büchertisch.

**In Freien Stunden.** Eine Wochenschrift. Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Verlag: Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H., Berlin SW. 68. Jahrgang 1912, Nr. 2 bis 5. Preis pro Heft 10 Pf.

**Die Aufgaben der Gemeindeverwaltungen in der Sozialgesetzgebung.** Von Friedrich Kleis, Arbeitersekretär in Halle a. S. (Sozialdemokratische Gemeindepolitik, Heft 13.) Verlag: Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H., Berlin S.W. 68. 52 Seiten 8°. Preis 1 Mk., Vereinsaufgabe 40 Pf.

Die Abhandlung dürfte nicht nur den Gemeindevertretern, sondern auch den Arbeitersekretären ein wertvoller Wegweiser durch das weitverzweigte Gebiet der Sozialpolitik sein. Der Verfasser beschränkt sich naturgemäß auf den Teil der Sozialgesetzgebung, deren weiterer Ausbau den Gemeinden möglich ist. So erläutert er u. a. eingehend die Aufgaben der Gemeinden auf dem Gebiet der reichsgesetzlichen Arbeiterversicherung auf Grund der R. V. O., ihre Mitwirkung am Arbeiterschutz nach

der Gewerbeordnung, Mithilfe am Kinderschutz und die gewerbliche Rechtsprechung. Das Büchlein wird unsern in der Gemeindepolitik tätigen Kollegen die Ausübung ihrer Ämter wesentlich erleichtern helfen und immer neue Anregungen geben. \*

**Hausklavinnen.** Ein Beitrag zur Lage der Dienstmädchen von Adelheid Popp. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung von Ignaz Brand & Co., Wien VI, Gumpendorferstr. 18. 32 Seiten 8°. Preis 20 Pf.

Die kleine Agitationsbroschüre dient der Aufklärung der Dienstboten über ihre Lage und dadurch der Werbearbeit für die Dienstbotenorganisation, durch die allein diese Lage gehoben und gebessert werden kann. Die Verfasserin belegt ihre Ausführungen mit einem reichen Tatsachenmaterial, wodurch ihre Schrift an Wirkung und Überzeugungskraft außerordentlich gewinnt. Die Broschüre wird nicht nur in der österreichischen, sondern auch in der reichsdeutschen Agitation unter den Hausangestellten gute Dienste tun. E

**Die Photolithographie.** Handbuch zur Erlernung der Herstellung von Bildern aller Art auf Stein für die Zwecke der Lithographie und des Stein-druckes. Von C. Fleck. Mit 13 Abbildungen. (Chemisch-technische Bibliothek, Band 338.) A. Hartlebens Verlag, Wien und Leipzig. VIII und 64 Seiten 8°, Preis geheftet 2 Mk., gebunden 2,80 Mk.

Das vorliegende Lehrbuch behandelt das Ganze der Photoolithographie, insbesondere die direkten und indirekten Übertragungsverfahren (worunter der Lichtdruck) nach dem Standpunkt der neuesten Entdeckungen und Erfahrungen und schließt mit einer ausführlichen Abhandlung über den farbigsten Lichtsteindruck. Ein ausführliches Sachregister erleichtert seine Benutzung für die Praxis. Dem Anfänger eröffnet das Buch weite Gesichtskreise und der erfahrene Praktiker wird aus ihm manche nützliche Anregung erhalten. Wir können es daher allen Interessenten bestens empfehlen. ☽

**Die Heilung der Fettleibigkeit von Dr. med. Heinz Zickel, Prakt. Arzt in Berlin.** (Zweite Auflage.) Medizinischer Verlag Schweizer & Co., Berlin NW. 87, Eyke von Repkowitzplatz 5. 164 Seiten 8°. Preis 2,50 Mk.

In dem Buche behandelt der Berliner Spezialarzt unter Berücksichtigung aller neueren Forschungsergebnisse das für viele Tausende wichtige Gebiet trotz aller wissenschaftlichen Exaktheit in einer Weise, daß jeder sich leicht orientieren und praktischen Nutzen daraus ziehen kann. Der Verfasser untersucht Wesen und Gründe der Fettsucht, schildert eingehend ihre Folgeerscheinungen und die Leiden der Fettleibigen, wobei ein besonderes Kapitel dem Fettsucht und den damit zusammenhängenden Begleiteerscheinungen, wie Atemnot, Herzschmerz, Herzangst etc. gewidmet ist. Die wichtigsten und umfangreichsten Kapitel des Werkes beschäftigen sich jedoch mit den zahlreichen Heilungsmethoden der Fettsucht. Ein praktisch zusammengestelltes »Merksblatt für Fettsüchtige« beschließt das Werk, dessen Mahnungen sich alle »starken« Männer und Frauen recht zu Herzen nehmen sollten.

## Stellenangebote

**Einige tüchtige Farben-Ätzer** per sofort gesucht. Gefl. Offerten mit Proben und Gehaltsansprüchen erbeten an **Gustav Dreher, Wttbg. Graph. Kunstanstalt, Stuttgart.** [180]

**Auto-Ätzer,** absolut flott in Zink und Kupfer, zum sofortigen Eintritt gesucht. Übersendung von Mustern erwünscht. Ausführliche Offerten nebst Angabe von Gehaltsansprüchen sind zu senden an **Richard Labisch & Eisler, Hamburg, Barkhof.** [270]

**Mehrere tüchtige Messingstecher** sucht durch den Arbeitsnachweis bei dauernder Stellung zum baldigen Eintritt **Otto Peters, Formsteherei, Berlin, Kopenhagenerstr. 31.** [180]

**Tüchtiger Maschin.-Retuscheur** für dauernde Stellung nach Wien gesucht. Offerten nebst Gehaltsansprüchen und nur selbstgefertigten Mustern an die Kunstanstalt **A. Krampelek, Wien IV, Viktorgasse 14.** [270]

**Tüchtiger Reklame-Zeichner,** flott in Schrift, zum sofortigen Eintritt gesucht. Gehaltsansprüche und Muster sind zu senden an [270] **Richard Labisch & Eisler, Hamburg, Barkhof 3.**

**Erstklassiger Rasterphotograph und erstklassiger Maschin.-Retuscheur** für sofort gesucht. Nur Herren mit la Referenzen und Lohnangabe wollen sich umgehend melden. [330] **Dr. Seile & Co., Graph. Kunstanst., Berlin, Zossenerstr. 55.**

**Photograph,** erste Kraft, die nachweislich seit Jahren Halbtonaufnahmen und Diapositive für Heliogravüren fertigt, für Tiefdruckverfahren in dauernde angenehme Stellung gesucht. Gefl. Offerten mit Zeugnisabschriften und Saläransprüchen erbeten an [330] **Brend' amour, Simhart & Co., München, Nymphenburgerstraße 20.**

**Tüchtiger Monteur,** der an der Fräsmaschine arbeiten kann, zum sofortigen Eintritt gesucht. [150] **W. Girardet, Essen-Ruhr.**

**Stellengesuche**  
**Tüchtiger Auto-Ätzer** sucht sofort dauernde, gute Stellung. Gefl. Off. erbeten **Karl Felgenträger, Leipzig, Zeitlerstraße 40 b. Brohm.** [110]

**Junger Xylograph** sucht dauernd Stellung. [1150] Offerten an **W. Seidel, Prittag, Kr. Grünberg i. Schl.**

## Verbandsnachrichten

**Achtung! Mannheim.**  
**Auskunftserteiler:**  
 Für Lithographen und Steindruckler **Emil Bauer, Augartenstr. 331.**  
 Für Chemigrphen **A. W. van Dyk, Gr. Wallstadtstr. 63 II.**  
 Für Photographen **Paul Schmidt, U. I. Nr. 6 I.**  
**Die Verwalt. d. Zahist. Mannheim.**

**Achtung! Meissen.**  
 Kassierer und Unterstützungsauszahlung ist Kollege **Paul Seifert, Niedermeisa b. Meissen 15 b.**

**Verschiedenes**  
**Kl. Buchdruckerei-Einrichtungen** (fachmännisch sortiert) **ALEXANDER GRUBE, LEIPZIG, Talstraße 22**

*Zum Selbstunterricht empfohlen von den Königl. und Sachse. Die Schreibbarf: 3 Mark. Kemptner Verlag Lautenbach 12 Maxendof bei Berlin*

**Achtung!**  
**la. Tangierfilms u. Apparate** soweit Vorrat zur Hälfte des Preises. **Fr. Trommer, Leipzig, Gretscheslstr. 11**

**Feuchtbleibendes „Cosmos“-Umdruckpapier,** Format 48x64, per 100 Bogen 8,50 Mk. **Grau feucht Umdruckpapier,** dasselbe Format, per 100 Bogen 8,— **Goldlack,** bestes Hilfsmittel f. Bronze-Unterdruck, per kg 5 Mk. **Chromopasta,** bestes Tonschuttmittel, per kg 4 Mk. **Radikal,** bestes Tonschuttmittel für Zink, per kg 3,50 Mk. [360] **Gustav Köhler, Leipz.-Schönefeld.**

**„Matt-Lack“** Bester Farben-zusatz gegen Kleben, Hart-, Blankwerden und Aufreiben der Abdrücke, Rinnen d. Farbe. Preis Kilo Mk. 3,50, bei 10 Kilo Mk. 3,—.

**„Harmalein“** Vorzüglicher weißer Trockenstoff in Paste, kein Herunterwischen der Farben mehr. Auch beim Chromo- und Buntdruck verwendbar, da jede Farbe gut abhebt. Kilo Mk. 3,50.

**„Bronsol“** Gibt feststehende glatte Bronze, auch bei losen, ungeeigneten Papieren. Preis Kilo Mk. 4,—. **Gegen Nachnahme.** Kunden erhalten neuestes Tonschutzrezept gratis. **F. Hantke, Hamburg 22, Wohldorferstr. 60.** [360]

**Steindruck, langj. Mitgl. des Verb.,** jetzt invalide, empfiehlt den Kollegen **höchste Zigarren** in bester Qualität. [270] à Mille 65 Mk., 45 Mk. und 37 Mk. Bei Abnahme von 500 Stück franko. **H. Knollmann, Bünde i. W., Eisenmühlenweg 18.**

**Wollen Sie Ihr Inserat** pünktlich erscheinen lassen, so senden Sie es direkt an die Expedition.